



festival contre le racisme

Alle Bilder Seite 7

AStA

Nachdruck



Foto: kallejipp / photocase.com

40 Jahre BAföG Ein gelungener Geburtstag?

BAföG wird 40

VON JULIUS JACOBY

Er sitzt allein im Raum. Die vierzig Kerzen auf seinem Kuchen erleuchten den Raum mit wohligem Licht. Er schließt die Augen und pustet die Kerzen aus. „Ich würde gerne mehr geben, noch mehr Leute unterstützen, das ist mein Wunsch“, denkt er.

Am ersten September 1971 wurde der Mäzen im Bundestag geboren. Es war eine schwere Geburt und doch begann er schon am ersten Tag seines Lebens an zu geben. Seit vierzig Jahren überweist er monatlich unterschiedlichste Beträge und ermöglicht so vielen Student*innen und Auszubildenden, ja sogar Schüler*innen ein einfacheres Leben. Doch das reicht ihm noch nicht. „Ich würde gerne jedem so viel geben, wie er benötigt. Also seinen Bedarf decken. Doch ich darf nicht“, erzählt er mit verkniffenen Augen. Im Oktober 2010 hatte er zuletzt versucht seine Zahlungen zu erhöhen. Doch seine Rufe wurden am Ende nicht erhört und so zahlt er weiterhin die errechneten Beträge. „Der Bedarf ändert sich doch ständig. Ich sage nur Inflation und Preissteigerungen. Da muss man doch regelmäßig mal nachrechnen wie hoch der Grundbedarf ist“ sagt er.

Zu Beginn durfte er seine Finanzspritzen als vollständigen Zuschuss abrechnen, 1983 musste er sein Geld als zinsloses Vollkredit abgeben und zu seiner Missgunst wieder zurückfordern. Seit 1990 gilt das bis heute gültige Modell des 50%-igen Zuschusses.

„Wieso sollte ich von den Leuten, die eh wenig Geld haben und es später sowieso durch ihre höheren Steuerzahlungen indirekt zurückzahlen, zurückfordern“, fragt der Mäzen.

Er hat schon viele berühmte Menschen unterstützt und ihnen geholfen, das zu werden, was sie heute sind. „Es gibt nichts sinnvoller als in die Jugend zu investieren. Die sind doch unsere Zukunft. Außerdem sollte jeder die Möglichkeit haben, dass zu tun was er möchte und nicht an finanziellen Hürden scheitern“, erklärt der Mäzen voller Überzeugung.

Er würde gerne noch die Altersbeschränkung für seine Gelder abschaffen. Er meint, dass die heutigen Lebensläufe auch ein Studium in hohem Alter nicht mehr ausschließen.

„Ich werde auch weiter geben. Das ist meine Lebensaufgabe. Ich tue es voller Stolz und Freude“ erklärt er strahlend und beißt genüsslich in seinen Geburtstagskuchen.

Direkter Draht

Allgemeiner Studierendenausschuss

Kontakt: Universitätsstr. 16, 50937 Köln
Telefon: 0221 470-2993
E-Mail: kontakt@asta.uni-koeln.de
www.asta.uni-koeln.de

Vorstand:
Telefon: 0221 470-6254
E-Mail: vorstand@asta.uni-koeln.de

Referate
Politik: -6212
bilpol@asta.uni-koeln.de
Soziales: -6251
soziales@asta.uni-koeln.de
Fachschaften: -5863
fsr@asta.uni-koeln.de
Ökologie: -5863
oekologie@asta.uni-koeln.de
Kritische Wissenschaften und Antidiskriminierung: -2995
kriwi@asta.uni-koeln.de
Öffentlichkeit: -2995
oeffref@asta.uni-koeln.de

Service
DGB Campus Office: -5847
counikoeln@dgb.de
Härtefallausschuss Semesterticket: 0221 421 421,
asta-haerterfallausschuss@uni-koeln.de
Studiengebührenberatung:
studiengebuehren@asta.uni-koeln.de
Rechts- und Mietrechtsberatung:
Dienstags in der Mensa, Termin durch Listeneintrag
Nightline- Zuhörtelefon: -3500
(dienstags, freitags, sonntags: 21:00 - 02:00 Uhr)

Bildung – keine reine Ländersache

In allen Parteien wächst der Widerstand gegen das Kooperationsverbot von Bund und Ländern in Bildungsfragen. Dieses Verbot wurde im Rahmen der Föderalismusreform 2006 ins Grundgesetz aufgenommen, kann also nur mit Zweidrittelmehrheit aufgehoben werden.

Nachdem Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) Mitte Mai in einem Zeitungsinterview äußerte: „Niemand versteht, warum Bund und Länder in zentralen Fragen der Bildungspolitik nicht zusammenarbeiten dürfen“, beschloss die FDP-Fraktion nun ein Positionspapier für die Abschaffung des Kooperationsverbotes. Die SPD will in diesem Monat bereits einen entsprechenden Antrag im Bundestag stellen. Auch alle anderen im Parlament vertretenen Parteien teilen dieses Anliegen.

Befürwortet wird das Verbot vor allem von Landespolitikern. Bernd Althusmann (CDU), der Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, meint: „Die Länder müssen in der grundsätzlichen Verantwortung für die Schulpolitik bleiben.“ (lwo)

Charité bald Bundesuniversität?

Nach Plänen von Bundesbildungsministerin Anette Schavan soll das Berliner Universitätsklinikum Charité in eine Trägerschaft von Bund und dem Land Berlin übergehen. Diesen Vorstoß kündigte sie in einem Interview mit der ZEIT Anfang Mai an. In Berlin trifft die Idee auf großes Interesse: Wissenschaftssenator Jürgen Zöllner (SPD) möchte die Sache möglichst noch vorden Abgeordnetenwahlen im Herbst über die Bühne bringen. Die Kooperation wäre auch ohne Grundgesetzänderung möglich, wie nach dem Vorbild des Karlsruhe Institute of Technology (Universität Karlsruhe) würde das Land Berlin weiterhin die Lehre bezahlen, die Mittel für die Forschung würde der Bund geben.

Dies ist ein Versuch das seit 2006 geltende Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern auszuhebeln und eine Antwort auf die Frage, wie es nach der Exzellenzinitiative von Vorgängerin Edelgard Bulmahn (SPD) weitergehen könnte, denn damit soll 2017 Schluss sein. (afr)

Erster Plagiatsfall in Köln bekannt

Nach Silvana Koch-Mehrin und Karl-Theodor zu Guttenberg, ist nun der erste Fall an der Universität zu Köln bekannt geworden. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Bijan Djir-Sarai hatte 2008 an der WiSo-Fakultät über die „ökologische Modernisierung der PVC-Branche in Deutschland“ promoviert. Die Internetplattform VroniPlag Wiki hat auf 60 von 180 Seiten verdächtige Textstellen gefunden. In der Doktorarbeit soll er Texte übernommen oder leicht umformuliert, Quellen verschleiert oder nicht erwähnt haben. Derzeit prüft der Promotionsausschuss der Fakultät die Arbeit auf abgeschriebene Textstellen und geht den Vorwürfen nach. Gegenüber der Westdeutschen Zeitung sagte Bijan Djir-Sarai: „Die gegen mich erhobenen Plagiatsvorwürfe weise ich zurück.“ Für eine weitere Stellungnahme gäbe es keinen Anlass. Silvana Koch-Mehrin geht nun einen Schritt weiter, nach dem die Uni Heidelberg ihr den Dokortitel entzogen hat, will sie rechtliche Schritte gegen die Aberkennung des Dokortitels prüfen. (sha)

Reform des Lehramtsstudiums: Die wichtigsten Änderungen:

- Zweistufiges System mit Bachelor- und Masterstudium; Voraussetzung für das Referendariat ist der Master
- Einheitlicher Umfang für alle Lehramtsstudiengänge (10 Semester, 300 CP)
- Lehramt Grundschule wird zum eigenständigen Studiengang; die Studiengänge für die weiterführenden Schulen bleiben getrennt
- Verpflichtendes, unbezahltes Praxissemester; Verkürzung des Referendariats
- „Deutsch als Fremdsprache“ wird verpflichtender Studieninhalt
- Reorganisation der erziehungswissenschaftlichen Anteile als Bildungswissenschaft; Ethik gilt nicht als relevanter Studieninhalt
- Abschaffung des dritten Fachs; Ausnahmen gelten nur für Kunst und Musik

Bundestag beschließt

mehr EU-Forschungsmittel

Der Bundestag hat mit der Mehrheit der Regierungsfraktionen eine Resolution verabschiedet, welche die Bundesregierung auffordert, sich für eine deutliche Etaterhöhung des Europäischen Forschungsrates einzusetzen. Die wichtigsten Vergabekriterien der Gelder sollen dabei „Exzellenz“ und wirtschaftliche Verwertbarkeit der Forschung sein.

Die Opposition befürwortet die Etaterhöhung, kritisiert aber die einseitige Wirtschaftsorientierung und Ausblendung ökologischer und sozialer Belange. (lwo)

Credit-Points statt

Arbeitslohn

Im Rahmen der Volkszählung Zensus kommen derzeit in Sachsen Studierende aus Dresden zum Einsatz. Statt einem Honorar bekommen sie zwei Credit Points fürs Studium. Die Idee kommt von Michael Häder, Professor am Dresdner Institut für Soziologie. Gegenüber Spiegel Online sagte er: „Früher haben wir Telefoninterviews durchgeführt. Aber dieses Jahr bot sich eine Teilnahme unserer Viertsemester am Zensus natürlich an“. Als praktische Leistung müssen die Soziologie-Studierenden an dem Projekt teilnehmen oder den Schein im nächsten Jahr wiederholen. Anfangen können sie mit den Daten aber nichts, aus Datenschutzgründen dürfen diese nicht im Rahmen der Forschung verwendet werden. Normalerweise erhält man pro Zensus-Fragebogen 7,50 Euro. (afr)

Lehrgesellen und -meister

Mit dem Wintersemester 2011/12 wird das Lehramt in Köln auf Bachelor und Master umgestellt. Für das neue Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) bedeutet dies kaum zu bewältigende Arbeit, und nicht wenige wollen die Umstellung sogar verhindern.

VON LEIF WOLTERS

Lehrer*innen als solche sind ganz besondere Wesen. Kaum jemand macht so eine geradlinige Laufbahn durch wie sie, bei dem der spätere Verwendungszweck schon den Namen des Studiengangs bestimmt. Oder gibt es Alternativen zum Staatsdienst? Ein Geschichts-Lehramtsstudent äußert sich so: „Ich habe mich dafür entschieden, auf Lehramt zu studieren, weil das Staatsexamen in der Forschung einen besseren Ruf hat als der Bachelor.“

Solch taktisches Kalkül wird nun nicht mehr möglich sein. Das Lehrerausbildungsgesetz von 2009 hat das Wintersemester 2011/12 als letzte Frist gesetzt, bis zu der alle Hochschulen in NRW auch ihr Lehramt auf Bachelor/Master umgestellt haben müssen. Auch wenn Köln als wichtigster Standort der Lehrer*innenausbildung in NRW sich Zeit gelassen hat, so sind die gesetzlichen Vorgaben nunmehr zwingend.

In Münster, an der Uni mit den zweitmeisten Lehramtsstudent*innen, läuft der Lehramts-Bachelor dagegen schon mehrere Jahre im Modellversuch. Der dortige AStA zieht eine gemischte Bilanz: „Das Studium ist an vielen Stellen verschulter. In manchen Fächern sind 6 Klau-

suren (oder sogar mehr) am Semesterende keine Seltenheit. Ich denke man kann an diesem Punkt schon von einer Mehrbelastung der BA-Studenten gegenüber den Staatsexamen-Studenten sprechen. Eine allgemeine, allen Beteiligten gerecht werdende Bilanz zu ziehen ist jedoch schwer, da es innerhalb der einzelnen Fachbereiche große Unterschiede gibt,“ so Stefan Schubert aus dem Referat für Soziales und Bildung.

Reform auf wissenschaftlicher Grundlage?

Die Reform des Lehramtsstudiums geht auf die gewesene Landesregierung Rüttgers zurück; die entsprechenden Gesetze wurden von Rot-Grün nicht verändert.

Durch sie sollten die Mängel des deutschen Schulsystems angegangen werden, auf die die Politik durch den PISA-Schock aufmerksam wurde. Zu diesem Zwecke wurde eine Expert*innenkommission unter Leitung des Bildungsforschers Jürgen Baumert einberufen, auf deren Gutachten das Gesetz fußt.

Allerdings stellte die Landesregierung der Kommission eine Reihe von verbindlichen Vorgaben, die nicht umgangen werden durften. Hierzu zählt die Zweiteilung in ein Bachelor- und ein Masterstudium, wobei die Spezialisierung für den Lehrerberuf schon im Bachelor beginnen soll, jedoch erst der Master den Zugang zum Referendariat ermöglicht. Ebenso wurde die Kommission gebeten zu prüfen, „ob und in welchem Ausmaß eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes möglich sei.“ Die Forscher stellen heraus, dass die Vorgaben zu „schwierigen Kompromissen und in Einzelfällen auch zu deutlich suboptimalen Lösungen“ geführt hätten.

Völlig unklar ist, welche Berufsqualifikation ein Lehramts-Bachelor ohne Master mit sich bringt. Da ein Sechstel der Credit Points auf Bildungswissenschaft entfällt, entspricht er Anforderungen der Wirtschaft in keinsten Art und Weise. Der Wechsel zu einem fachlichen Master wiederum erfordert, dass mindestens ein Semester nachgearbeitet werden muss. Hinzu kommt die Frage der Fächerkombinationen, da diese für Schule und Industrie völlig verschieden zu bewerten sind.

Sollten die Lehramtsstudierenden daher einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz haben? Nach den ursprünglichen Plänen von Ex-Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) nicht. Auch die Kommission unter Baumert lehnt eine Masterplatzgarantie ab, da dies dem Ansehen des Lehramtsstudiums schaden würde. Die Universitäten, die am Modellversuch teilgenommen haben, arbeiten hingegen mehrheitlich mit einer (lokalen) Masterplatzgarantie. In Münster etwa gibt es kein Master-Zulassungsverfahren für diejenigen, die bis einschließlich Wintersemester 2010/11 ihr Lehramts-BA Studium in Münster aufgenommen haben.

Die GEW-Studis fordern ein Moratorium der Umstellung

Lokale Masterplatzgarantien scheinen vorläufig eine Lösung für das Problem zu sein. In Köln möchte sich die Universität ebenfalls bemühen, für jeden Bachelorabsolventen einen Masterplatz bereit zu stellen. Doch momentan beschäftigt die Verantwortlichen etwas ganz anderes.

Das neu gegründete Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) sollte die

Koordinierung der neuen Lehramtsstudiengänge an den verschiedenen Fakultäten übernehmen, die Prüfungen abnehmen und Studierende beraten. Doch durch personelle Probleme ist das Zentrum außerstande, alle diese Aufgaben zu erfüllen, sodass umdisponiert werden muss. Das Kompetenzwirrwarr zeichnet sich bereits ab und weil die Erstellung der Modulhandbücher sowie die Eintragung der neuen Studiengänge in KLIPS sehr schleppend läuft, studieren die Bachelor-Lehrämter möglicherweise erst einmal „ins Blaue“. Vor diesem Hintergrund überlegt die WiSo-Fakultät, die Ausbildung für das Berufskolleg im Wintersemester vorerst auf Eis zu legen.

Für Stefan Brackertz von den Studierenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW-Studis) ein Grund mehr, die Durchsetzung der Reform zu verschieben oder auszusetzen. Die GEW-Studis führen mit Unterstützung des Kölner AStA eine Unterschriftenkampagne für ein Moratorium der Lehramtsreform durch, deren Ziel es ist, das Gesetz in seiner jetzigen Form zu kippen. „Es beinhaltet auch vernünftige Neuerungen. Vor allem die Gleichstellung des Lehramts für verschiedene Schulformen begrüßen wir“, so Brackertz. „Allerdings wird im Rahmen der Modularisierung eine Pädagogik vermittelt, die Schüler lediglich dazu trainiert, fremdbestimmte Anforderungen zu erfüllen, statt sie zu selbstständigen Persönlichkeiten zu erziehen. Und auch wenn das Praxissemester eine gute Idee ist, in Verbindung mit dem kürzeren Referendariat bedeutet es vor allem ein Lohnkürzung.“

Der Autor ist Projektleiter im Politikreferat des AStA. ✉bilpol@asta.uni-koeln.de

Forschung aus Leidenschaft

VON LEA ELSÄSSER

Ende Mai sorgte die Veröffentlichung eines bis dahin geheimen Kooperationsvertrages zwischen der Technischen Universität Berlin, der Berliner Humboldt Universität und der Deutschen Bank für Aufregung in der Hauptstadt. Der im Jahr 2006 geschlossene Vertrag sieht weitreichende Mitspracherechte der Bank an den Unis vor: Lehraufträge für Bankmitarbeiter*innen, Mitsprache bei der Besetzung von Professuren, Kontaktveranstaltungen und Verschickung von Infomaterial über das Unternehmen durch die Hauspost der Universität.

Besonders weit gehen die Mitwirkungsrechte in der Forschung. So wurde sich auf die gemeinsame Gründung eines Forschungsinstituts für Angewandte Finanzmathematik geeinigt. In dem Vertrag heißt es: „Alle Forschungsergebnisse der Universitäten oder ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Rahmen, der zwischen den

Vertragspartnern abgestimmten Forschungsprojekten entstehen, sind der Deutschen Bank [...] zur Freigabe vorzulegen.“ Mit anderen Worten: Ergebnisse, die dem Unternehmen nicht genehm sind, werden im Zweifel nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Nach außen soll die Unabhängigkeit der Forschung aber gewahrt bleiben. So darf die namentliche Erwähnung der Bank bei Publikationen nur mit deren Zustimmung erfolgen.

Der Berliner Politologieprofessor Peter Grottian, der den Vertrag veröffentlicht hatte, sprach gegenüber der taz von einem „Dokument ungeschminkter Dreistigkeit“. Auch die Berliner Studierendenschaft ist empört, allerdings sieht der AStA der TU Berlin den Vertrag nur als einen Teil einer allgemeinen Entwicklung hin zu mehr Ökonomisierung der Universitäten. „Es ist erschreckend wie abhängig die Universitäten inzwischen von den Unternehmen sind und welchen Einfluss wirtschaft-

liche Interessen haben,“ kritisiert Saskia Benisch vom AStA der TU Berlin. „Wissens- und Interessenentfaltung, Beantwortung gesellschaftsrelevanter Fragestellungen und selbstbestimmtes Lernen an Universitäten steht nur noch in Geschichtsbüchern.“

Die Reaktionen von anderen Stellen sind ähnlich. So schreibt LobbyControl, eine NGO, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Einfluss von privatwirtschaftlichen Unternehmen und Lobbyverbänden aufzudecken: „Eine freie unabhängige Wissenschaft ist für eine kritische und aufgeklärte Gesellschaft zwingend notwendig. Es ist nicht zu akzeptieren, dass ein Unternehmen die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen unterbinden und die Ausrichtung eines Institutes entscheidend beeinflussen kann. Dies gilt selbst dann, wenn von diesen Möglichkeiten nicht konkret Gebrauch gemacht wurde.“ Auch der Bamberger Soziologieprofessor Richard Münch,

ein starker Kritiker der Ökonomisierung der Bildung, ist gegen eine derartige Zusammenarbeit von Wirtschaft und Unternehmen, sieht aber einen starken internationalen Trend in diese Richtung.

Der vor kurzem veröffentlichte Vertrag ist vor allem deshalb so brisant, weil er nur einmal mehr eine Entwicklung bestätigt, die schon längst in vollem Gange ist. So gab es im Jahr 2009 laut einer Studie des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft 660 Stiftungsprofessuren in Deutschland, Tendenz steigend. Stiftungsprofessuren sind von Unternehmen oder Stiftungen finanzierte Lehrstühle, welche meist auf einige Jahre zeitlich begrenzt sind. Von staatlicher Seite wird diese Entwicklung noch bestärkt. So wird beispielsweise im Programm der so genannten „Hightech-Strategie“ des Bildungsministerium ausdrücklich mehr Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gefordert.

MEHR ZUM THEMA Sponsor- und Kooperationsvertrag unter www.asta.tu-berlin.de/astatu-vertrag-dbHUtU

Universität zu Köln will in den Elite-Club

Die Exzellenzinitiative geht in die nächste Runde. Die Uni Köln darf diesmal mit einigen Anträgen länger mitspielen. Ein Kommentar von Jonas Thiele.

Tradition. Honor. Discipline. Excellence. Dies sind die Gesetze der Welton Academy, der Schule die im Spielfilm „Der Club der Toten Dichter“ dargestellt wird. Wer sich nicht an diese Gesetze hält muss die Schule verlassen oder geht auf andere Art zu Grunde. Zumindest in Teilen versucht die Uni Köln an den Slogan der Schule anzuknüpfen. Tradition und „gute Ideen seit 1388“. Mit Disziplinierung haben es Student*innen fast täglich zu tun. Es beginnt mit Anwesenheitslisten, geht über aus praktischen Erwägungen nicht notwendige Prüfungsanmeldungen und Maluspunkte und hört erst bei erzwungenem Studienabbruch, der Zwangsexmatrikulation, auf. Nur mit der „Exzellenz“ haperte es in letzter Zeit, zumindest offiziell. Dies könnte sich in der dritten Ausgabe der Exzellenzinitiative, einem Wettbewerb des Bundes und der Länder, ändern. Im März 2011 verkündete die Uni voller Stolz,

dass sie mit mehreren Projekten die nächste Runde erreicht hat. Nun arbeitet ein Gremium gemeinsam mit dem Rektorat bis zum September an der Ausarbeitung der weiter gekommenen Anträge. Die Exzellenzinitiative ist ein von der Bundesregierung und den Ländern ausgelobter Wettbewerb. Im jetzt dritten Anlauf geht es insgesamt um 2,7 Milliarden Euro. Dieses Geld wird auf verschiedene Hochschulen an deren Projekte aufgeteilt. Ursprünglich hatten sich 65 Hochschulen mit Anträgen beworben, von denen nun insgesamt ca. 25 Einzelanträge für die nächste Runde ausgewählt wurden. Nun müssen die Antragsskizzen konkret ausgearbeitet werden. Die endgültige Entscheidung fällt dann erst im Juni 2012. Nun könnte man meinen es sei doch wunderbar, dass die Uni Köln nun eine Runde weiter ist. Dies bestätigt, dass an der Uni Köln gute und wichtige Forschung stattfindet. Der Einsatz und die harte Arbeit endlich gewürdigt werden. In einem weiteren Schritt könnte das Geld auch uns Student*innen zugute kommen. Zwar stellt die Exzellenzinitiative nur der Forschung Geld zur Verfügung, doch wenn erst mal Geld da ist, wird mit höherer Wahrscheinlichkeit weiteres folgen. Renommiertere

Wissenschaftler*innen werden sich eher überlegen nach Köln zu wechseln. Auch davon würde die Lehre profitieren. Und wer weiß, vielleicht fällt sogar etwas Geld für die trotz vieler Baustellen weiterhin marode Gebäudesituation ab. Jedoch sollten wir uns die Sache nicht so einfach machen und genauer schauen, was diese Exzellenzinitiative eigentlich ist. Die Exzellenzinitiative fördert einige wenige Forschungsprojekte von einigen wenigen Hochschulen. Die Auswahl der förderungswürdigen Hochschulen findet in einem ungleichen Wettbewerb statt. Dabei erscheint es überdeutlich, dass die Förderung von wenigen Hochschulen und die Ernennung zu Exzellenz-Unis eine Spaltung der Hochschullandschaft bedeutet. Die Verlierer-Hochschulen werden abgewertet und von nun an stiefmütterlich behandelt. Zwar gibt es immer eine nächste Runde, der Wettbewerb ist jedoch so aufgebaut, dass finanzstarke Hochschulen die besten Chancen haben werden ihren Status zu erhalten, während es für die Rest-Hochschulen nahezu unmöglich ist auch nur in die Nähe der förderungswürdigen Hochschulen zu kommen. Schon 2008 forderte der freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) die Bundes-

regierung auf für ausreichende Studienplätze zu sorgen, statt über Prestigeprojekte in der Forschung zu diskutieren. Mit dem zur Verfügung gestellten Geld sei es möglich gewesen etwa 100.000 neue Studienplätze zu schaffen. Stattdessen seien einzelne Forschungsprojekte von wenigen Hochschulen gefördert worden. 2,7 Milliarden Euro klingt erst einmal sehr viel, ausreichend für alle 410 Hochschulen kann es jedoch nicht sein. Wenn man bedenkt, dass zusätzlich die Grundfinanzierung der Hochschulen seit Jahren immer mehr gekürzt wird, wird die Absurdität der Exzellenzinitiative sichtbar: Das Geld was die Uni Köln nun bekommt wird an anderen Hochschulen fehlen. Viele Unis, wie zum Beispiel die Uni Dortmund sollen erneut leer ausgehen. Statt sich gegenseitig zu belauern und misstrauisch zu sein, dass Ideen geklaut werden, wäre es ein sehr großer Fortschritt, wenn sich die Uni Köln, die RWTH Aachen, die TU Dortmund und all die anderen Hochschulen zusammen tun würden und anstelle der wettbewerblich organisierten Mangelfinanzierung eine bedingungslose Ausfinanzierung der Hochschulen verlangen würden. In Forschung UND Lehre.

Burschenschaften streiten über Ariernachweis

In dem mit 120 Mitgliedern größten Dachverband von Burschenschaften „Deutsche Burschenschaft“ hat es im Zuge des jährlichen Burschenschaftstags eine öffentliche Diskussion über die Abstammungspolitik des Dachverbands gegeben. Die Verbindung „Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeys zu Bonn“ hatte in einem Antrag den Ausschluss der Mannheimer „Burschenschaft Hansa“ gefordert, da diese einen chinesisch-stämmigen Studenten aufgenommen hatte. In einem Gutachten des Rechtsausschusses, der höchsten juristischen Instanz der Organisation, heißt es: „Personen mit mehrheitlich außer-europäischen Vorfahren sind unter Hinweis auf die Abstammungsgemeinschaft eines Volkes dementsprechend keine Angehörigen des deutschen Volkes.“ Der Nachweis einer Staatsbürgerschaft reiche nicht aus. Nach der öffentlichen Diskussion wurde der Antrag auf Ausschluss nun zurückgezogen. Eine Distanzierung vom Inhalt und dem Rechtsausschuss fand allerdings nicht statt. Künftig seien bei der Auswahl von Mitgliedern weiterhin „das Bekenntnis zur deutschen Kultur, die deutsche Staatsangehörigkeit und die Abstammung“ entscheidende Anforderungen an Bewerber, sagte der Pressereferent der deutschen Burschenschaft, Michael Schmidt. Allerdings müsse nicht jeder einzelne dieser Punkte erfüllt werden, um aufgenommen zu werden. (fka)

Drei Viertel lehnen

Studiengebühren ab

Nach der Abschaffung der Studiengebühren in Hamburg und Baden-Württemberg, erheben nur noch Bayern und Niedersachsen Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester. Der jährliche Gebührenkompass des Marketing-Lehrstuhls der Universität Hohenheim untersucht die Akzeptanz der Studiengebühren in Deutschland. Ergebnis: Fast drei Viertel (72 Prozent) sind weiterhin dagegen, für das Studium Gebühren zu bezahlen. Durch die schrittweise Abschaffung der Campus-Maut ist die Ablehnung noch weiter gestiegen, um 13 Prozentpunkte in Bayern (74 Prozent) und um 12 Prozentpunkte in Niedersachsen (82 Prozent), allerdings fürchten hier die Studierenden auch, dass die Lage an ihren Unis schlechter werden könnte(34 Prozent). In den Ländern, die die Gebühren wieder los sind, kritisieren im Durchschnitt rund 12 Prozent verschlechterte Bedingungen (Hessen 13 Prozent, Saarland neun Prozent). (afr)

Hamburgs Hochschulen auf den Barrikaden

Die Landesregierung will über 50 Millionen Euro sparen. Den Hochschulen droht damit die Schließung ganzer Fachbereiche. Hochschulvertreter*innen und Studierende protestieren in seltener Eintracht.

VON LEIF WOLTERS

Nach eigener Aussage gehört die Universität Hamburg schon seit Jahren zu den am schlechtesten finanzierten Universitäten in Deutschland. Die schwarz-grüne Landesregierung trug da nicht zur Verbesserung bei; seit 2009 senkte sie den Wissenschaftsetat um 32 Millionen Euro und für das kommende Haushaltsjahr plante sie weitere 46 Millionen einzusparen. Das wären sechs Prozent. Über den diesjährigen Wechsel zur SPD-Alleinherrschaft durften sich die Studierenden zunächst freuen, denn der neue Erste Bürgermeister Olaf Scholz versprach die Abschaffung der Studiengebühren, die in Hamburg 375 Euro betragen. Allerdings soll dies erst zum Wintersemester 2012/2013 in Angriff genommen werden. Für alle Beteiligten ist es jedoch ein schwerer Schock, wie Scholz mit dem schwarz-grünen Haushaltsentwurf umzugehen gedenkt: Er übernimmt die Kürzungen im Hochschulbereich nicht nur, son-



Dieter Lenzen (li.), Präsident der Uni Hamburg protestiert mit Studierenden.

dern kürzt um weitere 13 Millionen. Die fragwürdige Haushaltsführung der Vorgängerregierung mache das nötig, so Wissenschaftssenatorin Gabriele Stapelfeldt. An den Hochschulen sorgen die Sparpläne für blankes Entsetzen. Michael Stawicki, Präsident der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) befürchtet den Verlust von 1.000 der 14.000 Studienplätze: „Da könnte ich mich nur noch fragen, mache ich den Flugzeugbau zu oder lieber die Ernährungswissenschaften.“ Auch Dekane der Universität Hamburg rechnen vor, dass die Haushaltsvorgaben nicht ohne die Schließung ganzer Fachbereiche zu bewältigen sind.

Klaglos mitmachen wollen sie den Sparkurs jedoch nicht: Laut einer Erklärung der Uni Hamburg „wird das Präsidium der Universität selbst keine Pläne für die Abwicklung von Fächern und Studiengängen entwickeln.“ Im Gegenteil forderte sie die Landesregierung dringend auf, die Kürzungen zurückzunehmen und gründete das „Büro für ungewöhnliche Maßnahmen“, um Proteste unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung zu organisieren. Auch die Studierenden sind alarmiert. Eine Demonstration für Gebührenfreiheit am 25. Mai weitete sich unter dem Eindruck der Sparpläne auf 2.000 Teilnehmer aus. „Vor diesem Hintergrund kann

auch die Abschaffung der Studiengebühren bei voller Kompensation nur als hohles Versprechen betrachtet werden“, meint David Fücho vom AStA der Uni Hamburg. Dies war nur der Auftakt der Proteste. In der Nacht zum 31. Mai besetzten die Studierenden die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, für die die Kürzungen besonders harte Konsequenzen haben würde. Der Sternmarsch zum Rathausplatz am 7. Juni brachte es bereits auf 15.000 Teilnehmer. Hier wollten Aktivist*innen anschließend ein Protestcamp errichten und öffentliche Vorlesungen anbieten, um ihr Konzept einer demokratischen Hochschule zu demonstrieren. Die Polizei stoppte das Vorhaben jedoch mit Pfefferspray und das Camp musste – in kleinerem Maßstab – ein Stück weiter an den Jungfernstieg verlegt werden. Trotz des Drucks ist der Senat nicht bereit, von den Sparmaßnahmen abzusehen. Der AStA der HAW mobilisiert bereits für Protesttage vom 20. bis 22. Juni. Es ist geplant, die Hochschule symbolisch einzumauern, und um der Empörung eine persönliche Note zu geben, liegen für die Studierenden Postkarten an Olaf Scholz bereit. Der Erste Bürgermeister sollte seinen Briefkasten diese Tage also etwas öfter leeren.

Der Autor ist Projektleiter im Politikreferat des AStA. bilpol@asta.uni-koeln.de

Neues

Hochschulgesetz für

Berlin beschlossen

Die Reform sei „keine Revolution, sondern ein Mittelweg“, weil Universitäten und Studierende an vielen Stellen konträre Interessen vertreten würden, so Lars Oberg (SPD). Dementsprechend stößt das neue Hochschulgesetz bei allen Betroffenen auf wenig Gegenliebe. Mit seinen kleinteiligen Regelungen untergrabe es die Hochschulautonomie, kritisieren die Uni-Präsidenten. Studierendenvertreter befürchten weniger Gestaltungsspielraum im Studium und schlechtere Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte, deren Verträge auf zwei Semester beschränkt wurden. Dennoch erhofft sich die rot-rote Landesregierung von den Neuerungen ein weniger verschultes und besser zugängliches Studium. So wurden reine Lehrprofessuren eingeführt und der Anspruch auf ein Teilzeitstudium gesetzlich festgeschrieben. *(Iwo)*

Deutsches Studenten-

werk: 25.000 Wohn-

heimplätze fehlen

Durch die doppelten Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht drohen auch auf dem Wohnungsmarkt Engpässe. Nach Ansicht des Deutschen Studentenwerks sind zum Wintersemester bundesweit noch mindestens 25.000 zusätzliche Wohnheimplätze nötig. Die Förderung durch die Bundesländer ließe dabei zu wünschen übrig, lediglich in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen werde genug getan. Derzeit leben 181.000 Menschen, das sind 12 Prozent aller Studierenden, in Wohnheimen. *(Iwo)*

KfW-Studienkredite

gefragt

Seit der Einführung der Studienkredite 2006 hat die staatliche KfW-Bank fast 100.000 solcher Kredite vergeben. Sie richten sich überwiegend an Studierende aus einkommensschwachen Schichten; 86 Prozent der Betroffenen gaben an, ohne den Kredit könnten sie überhaupt nicht studieren. Maximilian Pichl vom AStA der Uni Frankfurt kritisiert jedoch die variablen Zinssätze, die zur Schuldenfalle werden können: „Wenn man einen Studienkredit von 30.000 Euro aufnimmt, können am Ende fast 80.000 Rückzahlungen anstehen.“ *(Iwo)*

Rückfall in die Pinkwart-Ära

VON JAN WEBER

Es ist ziemlich genau ein Jahr her, dass Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag gewählt hat. Nach fünf Jahren von vermeintlicher Hochschulfreiheit und Studiengebühren, gab es im Landtag plötzlich eine Mehrheit, die für einen Paradigmenwechsel in der Hochschulpolitik stand. Es fand sich nach einigem Hin und Her eine Minderheitsregierung, der keine lange Zukunft vorausgesagt wurde, die sich aber dennoch seitdem stabil und sicher im Amt hält.

Auch allerlei Versprechungen waren mit diesem Regierungswechsel verknüpft. Die Studiengebühren sollten abgeschafft werden. Die Hochschulen sollten demokratischer werden. Und bei all dem sollte die Qualität nicht leiden. Große Ziele, für die die Regierung auch von studentischer Seite großen Zuspruch bekam, aber natürlich auch große Erwartungen schürte.

Die Studiengebühren sind mittlerweile zum kommenden Semester abgeschafft. Doch trotz eindeutiger Wahlversprechen von SPD, Grünen und Linken in dieser Frage, zog sich der parlamentarische Prozess zur Abschaffung über ein halbes Jahr hin. Immer wieder

mussten studentische Gruppen wie das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) öffentlichen Druck auf die Parteien erzeugen, damit sich etwas in der Richtung bewegte, am Ende ja dann auch mit Erfolg, einem Erfolg, der kaum klein geredet werden kann.

Gleichzeitig mit der Abschaffung der Studiengebühren hat der Landtag in das Abschaffungsgesetz geschrieben, dass die Hochschulen des Landes für den Wegfall der Gebühren Kompensationen erhalten sollen, insgesamt 249 Mio. Euro, so viel, wie insgesamt 2009 in NRW an Studiengebühren gezahlt wurde. Diese sollen für die Verbesserung von Studium und Lehre eingesetzt werden und sollen verhindern, dass die bislang zwar geringen aber doch oft als exemplarisch gesehenen Verbesserungen in der Lehre durch die Studiengebühren nun wegfallen. Und damit diese Mittel auch tatsächlich der Lehre zu Gute kommen, hat der Landtag im Gesetz verfügt, dass die Hochschulen Beratungsgremien zur Verwendung dieser Mittel einführen, in denen es eine Mehrheit an studentischen Vertreter*innen geben muss.

Und so konstituieren momentan in ganz Nordrhein-Westfalen die Hochschulen die so genannten

Qualitätsverbesserungskommissionen. Ganz NRW? Nein, eine große Hochschule hört nicht auf, der Demokratie Widerstand zu leisten: Die Universität zu Köln!

Grundsätzlich könnte davon ausgegangen werden, dass die Hochschulen ein Interesse daran haben, diese Gremien schnell einzurichten und somit sicherzustellen, dass die Kompensationsmittel auch pünktlich zum kommenden Wintersemester verausgabt werden können, sieht doch das Gesetz dies eindeutig vor. Doch an der Universität zu Köln hatten dennoch Dinge wie die Einrichtung von Außenstellen in New York Priorität, so dass der Senat sich bis heute nicht mit der Einrichtung der Kommission befassen konnte.

Doch entgegen allen Vermutungen und allen gesundem Menschenverstand muss auch die Universität zu Köln keine Angst um die ihr zustehenden 23 Mio. Euro haben. Für den Übergang hat das zuständige Innovationsministerium erlassen, dass die Rektorate die Mittel eigenverantwortlich verausgaben können.

Einen größeren Gefallen hätte auch der vorherige Innovationsminister Andreas Pinkwart seinem alten Spezi an der Uni Köln nicht tun können.

Dies führt dazu, dass die Idee einer Übergangsregelung hier komplett torpediert wird, da jetzt schon abzusehen ist, dass große Teile des Geldes in langfristige Projekte und festangestellte Arbeitsverhältnisse fließen. Diese Posten werden in kommenden Jahren unumkehrbar feststehen. Am Ende geht es bei der studentischen Mitbestimmung nicht um Mehr als um die sprichwörtlichen Peanuts und die Qualitätsverbesserungskommission wird schon vor ihrer Konstituierung zum zahnlosen Papiertiger degradiert.

Einen größeren Gefallen hätte auch der vorherige Innovationsminister Andreas Pinkwart seinem alten Spezi an der Uni Köln nicht tun können.

Dies widerspricht natürlich in extremer Art und Weise der Intention, durch studentische Beteiligung sicherzustellen, dass die Mittel tatsächlich in die Verbesserung von Lehre und Studium fließen, und dazu auch die sich groß auf die Fahnen geschriebene Stärkung der Demokratie an den Hochschulen. De facto kann der Rektor vollkommen eigenständig die kompletten 23 Mio. Euro ausgeben.

Der Autor ist Projektleiter im Politikreferat des AStA.
✉ bilpol@asta.uni-koeln.de

Senat bestätigt Zwangsexmatrikulationen

Rektorat sträubt sich gegen Einführung einer Zivilklausel

VON KATHARINA SASS

Bald ist es amtlich: Von den mehreren hundert möglichen Betroffenen von Zwangsexmatrikulationen müssen voraussichtlich 47 Studierende die Universität verlassen. Das teilte das Rektorat auf der Sitzung des Senats Ende Mai auf Nachfrage des AStAs mit. Darunter sind auch zehn Personen, deren Härtefallanträge abgelehnt wurden, insgesamt hatten ca. 30 Studierende einen Härtefallantrag wegen Krankheit oder anderer erschwerender Bedingungen im Studium gestellt. Die zahlreichen Proteste des AStAs und der Betroffenen, wie auch die Beteuerungen des Ministeriums, man wolle Zwangsexmatrikulationen vermeiden, haben nicht gereicht, um dies zu verhindern. „Zwangsexmatrikulationen sind ein ganz normaler Vorgang“, teilte das Rektorat auf der Sitzung durch den Prorektor für Lehre und Studium, Thomas Kaul, mit.

AStA-Vorsitzender Jonas Thiele kritisiert die Entscheidung: „Was ‚normal‘ und ‚human‘ ist, hat auch die Studierendenschaft mitzuentscheiden. Wir finden es nicht normal, dass Menschen seit Anfang April kein Semesterticket und keine Krankenversicherung haben, weil sie weder rückgemeldet noch exmatrikuliert sind und in der Schwebe hängen.“

Betroffene sind aufgefordert, sich beim AStA zu melden, der

eine Musterklage gegen die Exmatrikulationen unterstützt.

Zivilklausel erneut de-

battiert

Auch die Verankerung einer Zivilklausel in der Grundordnung der Universität wurde auf der Senatssitzung erneut thematisiert. Eine Zivilklausel in der Grundordnung der Uni hätte zur Konsequenz, dass die Uni sich selbst verpflichtet, keine Kooperation mit Rüstungsindustrie und Militär mehr durchzuführen. Zwei Drittel der wahlbeteiligten Studierenden hatten sich bei den Wahlen im Dezember für die Klausel ausgesprochen.

Um Kooperationen von Unternehmen und Universität transparent zu machen, hatte der AStA darüber hinaus den Antrag eingebracht, Drittmittelkooperationen grundsätzlich offen zu legen (siehe Kasten). Auch der Arbeitskreis Zivilklausel hatte vor der Sitzung Senator*innen und Rektorat aufgefordert, Forschungsprojekte zu nennen, die durch eine Zivilklausel in Gefahr geraten würden. Mehrere Senatsangehörige, unter anderem auch Rektor Axel Freimuth, äußerten sich auf diese Frage dahingehend, dass solche Forschung an der Universität aktuell nicht stattfände. Trotzdem will man sich die Option, Rüstungsforschung zu betreiben, offenbar offen halten. So

stellte Philipp Zygojannis, Referent des Rektors, die offizielle Position des Rektorats folgendermaßen dar, dass das Rektorat eine Zivilklausel zwar für rechtlich nicht bindend halte, sie aber dennoch ablehne, damit sich niemand für entsprechende Forschung rechtfertigen müsse. Ein „Rechtfertigungszwang“ würde laut Rektorat die Freiheit der Wissenschaft beschneiden. Dazu Michael Busch, Mitglied im AK Zivilklausel und Projektleiter im Referat für Kritische Wissenschaften des AStA: „Gesellschaftliche Verantwortung wird offenbar als Einschränkung gesehen. Drittmittelabhängigkeit als Resultat aus mangelnder öffentlicher Finanzierung gilt im Rektorat hingegen nicht als Problem. Lästig ist für ein unternehmerisches Universitätsmanagement wohl nur die Vorstellung, sich nicht mehr jedem Drittmittelgeber zur Verfügung stellen zu können.“

Eine Diskussion darüber, ob die Freiheit der Wissenschaft nicht im Gegenteil durch die immer größere Einflussnahme von Konzernen und Militär an der Uni beschnitten wird, wurde zurückgewiesen, da laut Rektor Freimuth ohnehin nur ein kleiner Teil der Universitätsgelder aus Drittmitteln stamme. Auch der Vorschlag des AStAs eine Runde mit Statements aller Senator*innen zu machen, um zu erfahren wie sie zur Zivilklausel stehen, wurde durch das Rektorat

abgelehnt. Der Senator der medizinischen Fakultät, Professor Dr. Michael Hallek, Direktor der Klinik für Innere Medizin, forderte die Schaffung eines Ombudsposten, bei dem man Forschungsprojekte melden könne, die vermutete „Schweinereien“ enthielten. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht weiter aufgegriffen. Insgesamt wurde die Sitzung stark von Rektor Axel Freimuth dominiert und nicht konsequent Redeliste geführt, so dass einige Senator*innen nicht zu Wort kamen. „Die Redekultur in den Senatssitzungen ist undemokratisch und unakzeptabel“, so die studentische Senatorin Luzie Kühne. Der Antrag zur Offenlegung der Drittmittelkooperationen wurde dieses Mal nicht abgestimmt, sondern das Thema wurde nach circa zweistündiger Debatte vertagt. Die nächste Senatssitzung findet am 13. Juli statt, bis dahin trifft sich der Arbeitskreis Zivilklausel jeden zweiten Montag im AStA (www.zivilklausel.uni-koeln.de), Interessierte sind herzlich eingeladen.

„Auch wenn das Rektorat versuchen sollte, das Thema auszuschützen: Der AStA wird sich weiterhin für eine friedensstiftende, gesellschaftlich verantwortliche und von Konzernen und Militär unabhängige Wissenschaft einsetzen“, so 2. AStA-Vorsitzende Katharina Sass nach der Sitzung.

Nachdruck
auch online
lesen:
www.asta.uni-koeln.de

»

Thema: Welche Absprachen hat die Bayer AG mit der Universität zu Köln getroffen? Verein reicht Klage ein.

Deine Meinung?

[✉redaktion@asta.uni-koeln.de](mailto:redaktion@asta.uni-koeln.de)

Hinterlasse einen Kommentar auf

[🌐www.asta.uni-koeln.de](http://www.asta.uni-koeln.de)

Uni Köln vor Gericht

Transparency International unterstützt CGB

Klage gegen Bayer und Uniklinik

CGB-Vorstandsmitglied Philipp Mimkes im Gespräch

Die Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland unterstützt die Klage der CBG (Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.) gegen die Universität Köln auf Einsicht in den Vertrag zur Forschungs-Kooperation mit der Bayer HealthCare AG. Transparency fordert die Universität Köln auf, den Vertrag endlich offenzulegen, da sonst die Gefahr eines Verdachts der interessengeleiteten Verzerrung wissenschaftlicher Arbeit fortbesteht.

Seit Jahren verweigert die Universität Köln die Einsichtnahme in den Vertrag. Die Universität macht den Ausnahmetatbestand „Forschung“ (§2, Abs 3, IFG NRW) geltend, während Bayer sich auf den Ausnahmetatbestand „Betriebs- und Geschäftsgeheimnis“ (§8 IFG NRW) beruft. Der Landesbeauftragte für Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen hatte nach Prüfung festgestellt, dass die im Vertrag geregelten Inhalte weder Forschung noch ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis darstellten und einer Veröffentlichung des Vertrages zugestimmt. Allerdings ist er gegenüber der Universität Köln

nicht weisungsbefugt, so dass der CBG nur der Klageweg als Handlungsmöglichkeit verblieb.

Angela Spelsberg, Vorstandsmitglied von Transparency Deutschland: „Die Weigerung, den Vertrag zwischen der Universität zu Köln und der Bayer HealthCare AG offen zu legen, ist alarmierend. Die Universität Köln ist eine öffentliche, durch Steuergelder finanzierte Einrichtung, die daher der öffentlichen Kontrolle unterliegt. Potentielle Patientinnen und Patienten (und auch ihre überweisenden Ärzte), die die Entscheidung treffen müssen, ob sie sich in der Universitätsklinik oder in anderen, im Vertrag eingeschlossenen Einrichtungen, untersuchen und behandeln lassen, müssen darüber informiert werden, welche Konsequenzen der Vertrag auf ihre Behandlung bzw. auf Forschungsprojekte hat, an denen sie teilnehmen. Es ist besorgniserregend, dass die Bürger nichts zu den Rahmenbedingungen der Kooperation erfahren sollen und zum Mittel der Klage gegriffen werden muss, um den Informationsanspruch durchzusetzen.“ (ndk)

Seit 2008 arbeiten die Kölner Uniklinik und die Bayer Health Care AG in verschiedenen medizinischen Fachbereichen miteinander. Diese Kooperation wird zum Teil scharf kritisiert – keiner der Teilnehmer sieht sich verpflichtet, den gemeinsamen Kooperationsvertrag offenzulegen. Der Landesdatenschutzbeauftragte in NRW und die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) sehen das anders: Laut Informationsfreiheitsgesetz müssen Verträge und Informationen von öffentlichem Interesse frei zugänglich sein. Seitens der CBG wurde nun eine Klage eingereicht, mit der die Offenlegung der Verträge erreicht werden soll. Wir sprachen mit Philipp Mimkes.

Seit wann gibt es die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) und was war der Beweggrund, sie zu gründen?

Die CBG wurde Ende der 70er Jahre als Anwohner-Initiative nach Störfällen in mehreren Bayer-Werken gegründet. Seit nunmehr dreißig Jahren kümmern wir uns weltweit um die Schattenseiten der Geschäftspolitik von Bayer.

Was hat die CBG dazu bewogen, im aktuellen Fall eine Klage

einzureichen? Worin sehen Sie die Gefahren der Public Private Partnerships und insbesondere der Geheimhaltung, die hier betrieben wird?

Wir befürchten eine Ausrichtung der Forschung an öffentlichen Einrichtungen nach rein wirtschaftlichen Kriterien. Wer bestimmt künftig, was untersucht und was veröffentlicht wird - die Universität oder privatwirtschaftliche Unternehmen? Ende Mai haben Kritiker einen Kooperationsvertrag der TU Berlin mit der Deutschen Bank veröffentlicht. Die Klauseln darin bestätigen alle unsere Befürchtungen, zum Beispiel heißt es darin: „Alle Forschungsergebnisse der Universität oder ihrer Mitarbeiter sind der Deutschen Bank zur Freigabe vorzulegen“.

Mit welchen Projekten beschäftigen Sie sich zur Zeit noch, abseits des aktuellen Rechtsstreits?

Es laufen mehr als ein Dutzend Kampagnen, unter anderem zu Störfall-Gefahren bei Bayer, Klima-Emissionen des Konzerns, überhöhten Risiken der Antibabypille „Yasmin“, Vergiftungen durch Pestizide (Bayer ist Weltmarktführer für Agrar-Chemikalien), Zulassung

von Genfood und vieles mehr.

Wie ist Ihre Einschätzung der Bayer Health Care AG? Sind Sie reine „Antagonisten“ oder sprechen Sie dem Konzern auch positive Eigenschaften zu?

Natürlich hat Bayer auch sinnvolle Pharmaprodukte im Angebot. Aber selbst bei denen muss sichergestellt werden, dass sie sinnvoll eingesetzt werden. Man nehme nur Aspirin: ein hochwirksames Medikament zur Blutverdünnung und gegen Schmerz, das jedoch häufig im Übermaß eingesetzt wird und zu schwersten Nebenwirkungen führen kann.

Wie ist der Kontakt zu Bayer? Nehmen sie die CBG wahr, gibt es Reaktionen auf Ihre Arbeit aus dem Konzern?

Unsere Website erhält täglich mehrere tausend Besuche von Bayer-Servern. Allein daran sieht man, wie ernst der Konzern unsere Arbeit nimmt. Allerdings traut sich das Unternehmen nicht, vor Publikum mit uns zu diskutieren.

Das Interview führte Philip Oeser

[✉oekologie@asta.uni-koeln.de](mailto:oekologie@asta.uni-koeln.de)

Vom Kraftwerk in die Uni-Steckdose

Ohne Strom blieben an der Universität die PC-Pools aus, der Hörsaal dunkel und das Mensaessen kalt. Der Ablauf der Kölner Universität und des Studentenwerks setzt die Stromnutzung einfach voraus. Wo der Strom herkommt, was die Uni für die Einsparung von Energie tut und wie der allgemeine Energieverbrauch der Uni aussieht, bleibt aber den meisten Student*innen unbekannt.

Wenn der Uni-Energie-Manager, Diplom-Ingenieur Claus Dieter Mohr, über den Umfang des Strombezugs der Universität spricht, dann ist die Zahl die er nennt, keine marginale Größe: „Die Uni verbraucht im Jahr ca. 40 Millionen Kilowattstunden Strom“, sagt Mohr. Wird ein Vergleich gezogen, so entspricht diese Zahl einer Höhe von ca. 26.700 Ein-Personen-Haushalten (bei jeweils 1500 kWh/Jahr) oder einfacher ausgedrückt einer einzelnen Kleinstadt.

Die Folgen von Fukushima

Nach der Atomkatastrophe von Fukushima und der darauf folgenden Welle von Anti-AKW-Protesten, kamen auch vermehrt Anfragen an das Ökologiereferat, aus welchen Energiequellen sich der Strommix von Universität und Kölner Studentenwerk (KStW) zusammensetzt und ob ein vollständiger Umstieg auf Erneuerbare Energien möglich sei.

„Bei den Stromverträgen muss beachtet werden, dass die Universität über längere Zeithorizonte Stromverträge abschließt, als dies

ein Privathaushalt tun würde“, beschreibt Mohr die Situation. Die letzten Verträge wurden für den Zeitraum von 2011 bis 2013 geschlossen und können somit vorläufig nicht verändert werden. Bei der öffentlichen Ausschreibung für Strom, zu der Kölner Universität und KStW verpflichtet sind, haben sich beide zu Beginn der letzten Ausschreibung mit weiteren Hochschulen und Studentenwerken in NRW zusammengeschlossen, um ein besseres Ergebnis zu erzielen. Bei der Ausschreibung war sowohl für das KStW, als auch für die Universität nur der Preis das ausschlaggebende Argument. Tatsächlich kam es dann dazu, dass neben dem konventionellen Stromanbieter Enercity (Stadtwerke Hannover), mit Lichtblick auch ein Anbieter Erneuerbarer Energien für einige Stromstellen den Zuschlag bekam. Daraus ergibt sich nun die Situation, dass einige Studentenwohnheime und Stromstellen der Universität (bei der Universität unter 10%) ausschließlich Strom mit „Erneuerbaren Energien Zertifikaten“ beziehen und wiederum andere nicht - was physikalisch gesehen an Elektronen aus den entsprechenden Steckdosen kommt, hängt dennoch nicht mit dem entsprechenden Strommix und Zertifikaten sondern vielmehr mit der lokalen Stromerzeugung zusammen, die derzeit im Kölner Umland leider größtenteils durch Kohlekraftwerke erfolgt.

Uni setzt lieber auf Wärmeisolierung, als auf Ökostrom

Bis zum jetzigen Zeitpunkt fixiert sich die Universität noch nicht auf reinen Strombezug aus Erneuerbaren Energien. Mitunter stehen das Studentenwerk und die Universität im ständigen Spannungsfeld zwischen knappen Kassen und der Entscheidung zur jeweiligen Mittelausgabe, zwischen dem Willen hin zu Erneuerbaren und den vielfach vollzogenen kostensenkenden Energiesparmaßnahmen, wie zum Beispiel der Wärmeisolierung. Doch könnten nicht beide Protagonisten einen aktiveren Teil in der Energiewende einnehmen? Christoph Kneer, Projektleiter aus dem Ökologiereferat des ASTAs sagt hierzu: „Manche Ökostromanbieter sind nicht nur reine Händler von Strom, sondern oft gleichzeitig auch als Unternehmen Förderer des Ausbaus von Erneuerbaren Energien und zusätzlich Energieerzeuger von regenerativem Strom. Die Uni könnte durch den Wechsel hin zu den Erneuerbaren, ein positives Zeichen setzen.“

Ein Vorbild für die Kölner Universität könnte Münster sein. Hier hat sich die Universität 2010 für einen vollständigen Stromumstieg auf Erneuerbare Energien entschlossen. Eine nicht so weitreichende, aber anknüpfende Diskussion auf Kölner Ebene wäre, ob innerhalb zukünftiger Ausschreibungen bei Preisgleichheit die Entscheidung zu Gunsten der Erneuerbaren fallen könnte. Dies würde auch bei der Frage gelten, ob Atomstrom im Energiemix ex-



Neues Studierenden Service Center vor dem Hauptgebäude: Hier spielt die Wärmeisolierung eine wichtige Rolle.

plizit auszuschließen wäre.

Die Universität will Energie sparen

Energiesparen steht an oberster Stelle, so versucht die Universität mit Energiesparleuchten und Bewegungsmeldern in Gebäuden, den Stromverbrauch zu reduzieren. Zwar hat sich die Energieeffizienz pro Gebäude verbessert, insgesamt ist der Stromverbrauch aber in den letzten Jahren gestiegen. Die Verwaltung begründet dies mit der Ausweitung ihrer genutzten Immobilien.

Die Wärmenutzung spielt allgemein beim Thema Energie eine größere Rolle als Strom: „Wenn man irgendwo viel und kostenintensive Energie einsparen will, dann bei der Wärme“, äußert sich Herr Mohr. Gebäudeisolierung und die Einbeziehung von mög-

lichen Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken, wie sie derzeit bei den Unikliniken schon in Betrieb sind, in die Gebäudeeuplanung, werden als Beispiele genannt.

Jenseits von universitären Energiesparmaßnahmen haben sich aber alle Personen innerhalb der Universität zu Köln die Frage zu stellen, ob sie verantwortungsvoll und schonend mit den jeweiligen Energieformen umgehen, findet Thomas Heise, Ökologiereferent im ASTA: „Ob jede Person täglich im Universitätsbetrieb Fahrstuhl fahren muss, ob jede neu angeschaffene Klimaanlage für einen Lehrstuhl notwendig ist oder ob eine Heizung in jeder Situation angestellt werden muss, bleiben weiterhin offene Fragen.“

Der Autor ist Referent im Ökologiereferat des ASTA.
[✉oekologie@asta.uni-koeln.de](mailto:oekologie@asta.uni-koeln.de)



40 Jahre BAföG: Sozialberatung hilft bei Problemen um den Antrag

Reicht Dir dein BAföG? ✉ redaktion@asta.uni-koeln.de
Hinterlasse einen Kommentar auf www.asta.uni-koeln.de

Bei welchen Fragen können Sie mir weiterhelfen, wenn ich als Student*in zu Ihnen in die BAföG- und Sozialberatung komme?

Kim Grenz: Grundsätzlich können die Studentinnen oder Studenten mit allen Fragen was das BAföG anbelangt zu uns kommen. Meistens geht es dabei um grundsätzliche Sachen, zum Beispiel den Einstieg: „Bekomme ich überhaupt BAföG?“. Des Weiteren können wir hier auch die BAföG-Anträge erstmal gemeinsam angucken und sagen, ob etwa wichtige Unterlagen fehlen. Studierende können aber auch hierhin kommen, wenn sie andere Probleme haben im Bereich Finanzierung des Studiums. Bislang waren zum Beispiel die Fragen rund um Studiengebühren ein großes Thema – das fällt ja nun zum Glück weg. Auch andere Finanzierungsmöglichkeiten stellen wir vor, zum Beispiel Kredite oder Wohngeld. Also alles rund um das Studium, was die Finanzierung anbelangt.

Ist es denn nicht sehr kompliziert BAföG zu beantragen?

Eigentlich ist es gar nicht so schlimm. Im ersten Moment schreckt es viele immer ab, weil es doch ein paar Formulare sind, die man ausfüllen muss. Aber wenn man das einmal ausgefüllt hat, ist es gar nicht mehr so unübersichtlich. Ich empfehle den AntragsstellerInnen immer, eine Kopie zu machen – das erleichtert den nächsten Antrag wirklich sehr. Man muss das Ganze ja auch nur einmal im Jahr beantragen und viele der Anlagen und Belege muss man nur einma-

lig vorlegen. Also so dramatisch ist das alles gar nicht. Im Zweifel, also wenn noch etwas fehlt, dann melden die Sachbearbeiter sich aber auch zeitnah, sodass das Kind dann noch nicht in den Brunnen gefallen ist.

In Köln gehen sehr viele BAföG-Empfänger*innen noch einer Nebentätigkeit nach. Ist der BAföG-Satz zu knapp bemessen?

Das kommt ganz auf die jeweiligen Ansprüche an. Köln ist ja, wie man weiß, eine sehr teure Stadt, d.h. das meiste Geld geht eigentlich für die Miete drauf. Dann kommt es natürlich drauf an, ob von zuhause noch Unterstützung kommt oder nicht. Die meisten Eltern können ja nicht unbedingt sehr viel dazu geben monatlich. Aber ich denke mal, wenn man einen Nebenjob hat – man darf ja durchschnittlich monatlich 400 Euro neben dem BAföG verdienen – plus den Höchstsatz von 670 Euro BAföG im Monat, dann ergibt das immerhin bestenfalls 1070 Euro monatlich. Und ich denke das reicht aus. Schwieriger sind immer die Fälle, wo die Eltern vielleicht nichts dazu bezahlen können oder wollen und nicht der BAföG-Höchstsatz gezahlt wird. Da ist es dann schon schwierig den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Das BAföG wurde vor 40 Jahren eingeführt, um im Besonderen einkommensschwachen Bevölkerungsschichten ein Studium zu ermöglichen. Meinen Sie, das heutige BAföG wird diesem Anspruch noch gerecht?

Ich denke größtenteils ja. Wir sind schon sehr froh, dass die Studiengebühren jetzt abgeschafft wurden, weil das für viele wirklich ein Problem war, diese zu bezahlen. Im Großen und Ganzen finde ich das BAföG-System sehr gut. Es gibt ja auch gewisse Spielräume, sodass die Sachbearbeiter im einen oder anderen Fall auch mal Ausnahmen machen können, was zum Beispiel die Förderungshöchstdauer angeht. Die größten Problem sehe ich immer beim Thema „Studierende mit Kind“ und Menschen, die über 30 Jahre alt sind. Da fehlt es teilweise an Unterstützung und der BAföG-Satz ist für Familien mit Kind eindeutig zu niedrig. Dort gibt es auf jeden Fall Verbesserungsbedarf. Ich denke, dass es sehr zu begrüßen wäre, wenn man unterstützt, dass mehr Menschen, die schon eine Ausbildung hinter sich haben oder Kinder haben, oder eben einfach schon über 30 sind, trotzdem studieren. Da gibt es ja zum Beispiel schon das elternunabhängige BAföG. Dieses sollte weiter ausgebaut werden und auch für andere Studierende gelten. Damit könnte mehr Interessenten der Weg an die Uni bereitet werden. Wir haben Fachkräftemangel, wie die Politik nicht müde wird zu betonen. Diesem könnte man entgegenwirken, indem man mehr – auch ältere und bereits für den Beruf ausgebildete – Menschen zum Studium motiviert. Zu spät ist es ja nie.

Das Interview führte Jessica Kellershofen
✉ sozialreferat@asta.uni-koeln.de

Veranstaltung zur Studienfinanzierung

Keine Kohle für's Studium?



**2. Juli,
A2 (Hörsaalgebäude),
14 - 16 Uhr , Vortrag und Diskussion**

**Expert*innen informieren über BAföG,
Stipendien, Studierendenjobs und vieles mehr
Veranstaltung im Rahmen des Uni-Info-Tages**

AS3A
Sozialreferat

Informationsveranstaltung zur Bürger*innenbefragung zum Ausbau des Godorfer Hafens

Im Zuge der anstehenden Abstimmung über die Erweiterung des Godorfer Hafens, an dem alle Kölner*innen über 16 Jahren teilnehmen können, organisiert der AStA eine Informationsveranstaltung für Studierende, mit der das Thema noch einmal ausgewogen beleuchtet werden soll. Dabei

werden sowohl Befürworter*innen als auch Gegner*innen des Ausbaus zu Wort kommen, die ihre jeweiligen Positionen darstellen. Dazu gehören unter anderem Liv Dizinger (DGB) und Jupp Küpper (Aktionsgemeinschaft Contra Erweiterung Godorfer Hafen). Anschließend besteht die

Möglichkeit, im Rahmen einer Fragerunde offen zu diskutieren. Die Veranstaltung findet am Dienstag, dem 5. Juli 2011, um 17:45 Uhr im Hörsaal A2 des Hörsaalgebäudes statt.

StuPa-Ticker 8. Sitzung



Mehr Geld fürs Campusradio

Das Studierendenparlament hat mit großer Mehrheit eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung für den Radiosender Köln-Campus beschlossen. Momentan bekommt das Hochschulradio 13 Cent pro Studierendem, ab dem nächsten Jahr sollen es 20 Cent sein. Seit dem Jahr 2001 wurde der Beitrag nicht erhöht.

Der Sender begleitet die Aktivitäten an der Uni mit zahlreichen Beiträgen zu wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und hochschulpolitischen Themen aus einer kritischen und unabhängigen Perspektive. Den Sender empfängt man unter UKW 100,00 oder unter www.koelncampus.com.

AStA informiert über Abstimmung zum Godorfer Hafenausbau

Der AStA wurde vom Studierendenparlament beauftragt, über den Ausbau des Godorfer Hafens zu informieren. Am 10. Juli werden alle Kölner Bürgerinnen und Bürger über einen möglichen Ausbau abstimmen.

Ein Änderungsantrag, der eine Positionierung des StuPas gegen einen solchen Ausbau vorsah, wurde abgelehnt. Weitere Informationen werden in Kürze auf der AStA-Homepage bekannt gegeben.

StuPa fordert Abschaffung der Einstufungstests beim Master

Nach einer lebhaften Debatte sprach sich das Parlament mit knapper Mehrheit gegen kostenpflichtige Einstufungstests bei Masterbewerbungen aus und forderte stattdessen einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz für alle. Einstufungstests wurden bisher nur von der WiSo-Fakultät eingeführt, nachdem im letzten Jahr besonders im Bereich BWL viele Kölner Studierende für ein Masterstudium abgelehnt wurden. Der Test soll neben der Bachelornote als Auswahlkriterium dienen, die Kosten von etwa 100 Euro müssen allerdings von den Bewerber*innen selbst getragen werden.

Beginn der Haushaltsberatungen im Juni

In den nächsten drei Sitzungen des StuPas finden die Haushaltsberatungen statt. Die Sitzungen sind wie immer öffentlich:

9. ord. Sitzung des Studierendenparlaments, 29. Juni um 20:00 Uhr, Hauptgebäude, Hörsaal XVIII

10. ord. Sitzung des Studierendenparlaments, 4. Juli um 20:00 Uhr, Hauptgebäude, Hörsaal II

11. ord. Sitzung des Studierendenparlaments, 5. Juli um 20:00 Uhr, Hauptgebäude, Hörsaal XVIII

Es gibt nun auch eine StuPa-Mailingliste, auf die sich jede*r eintragen kann. Die Mailingliste dient

dazu alle gewählten Mitglieder, sowie interessierte Studierende der Universität zu Köln, über Termine und Inhalte der Sitzungen zu informieren. Weitere Infos und den Link zur Mailingliste gibt es auf der Homepage des StuPas: www.stupa.uni-koeln.de oder Code scannen.



» festival contre le racisme: Bilder der Festivaltage

Wie hat es Dir gefallen? kriwi@asta.uni-koeln.de
Hinterlasse einen Kommentar auf www.asta.uni-koeln.de



Singer/Songwriterabend mit „Martene De in Blau und Wolf“



Brings auf der Bühne



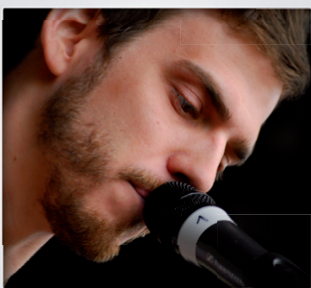
„Buchsbäume und Strauchdiebe“ auf der Bühne



„Buchsbäume und Strauchdiebe“ auf der Bühne



Die Ausstellung von „Kein Mensch ist illegal“



„A Boy named Fisk“ auf der Bühne



Brings auf der Bühne



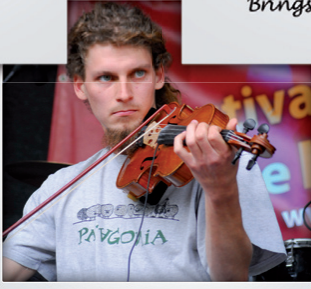
Brings auf der Bühne



„A Boy named Fisk“ auf der Bühne



„A Boy named Fisk“ auf der Bühne



„Buchsbäume und Strauchdiebe“ auf der Bühne



Anja Weiß referiert zu „Rassismus wider Willen“



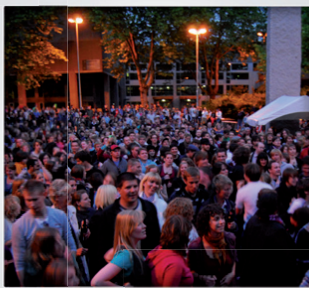
„Antifaschistische“-Polonaise



Interessierte vor der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“



Theaterstück „Der Vorgang Oury Jalloh“



Blick von der Bühne



Konzert auf dem Albertus-Magnus-Platz



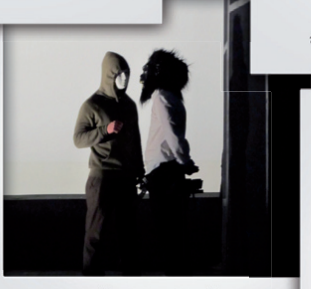
Brings auf der Bühne



„Buchsbäume und Strauchdiebe“ auf der Bühne



„A Boy named Fisk“ auf der Bühne



Theaterstück „Der Vorgang Oury Jalloh“



„Kafkas“ auf der Bühne



Dem Thema „Was ist Rassismus?“ widmet sich Moment e.V.



„Kafkas“ auf der Bühne



„Buchsbäume und Strauchdiebe“ auf der Bühne



„A Boy named Fisk“ auf der Bühne



Konzert auf dem Albertus-Magnus-Platz



Brings auf der Bühne



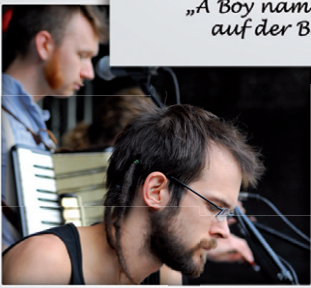
Theateraufführung „Asylmonologe“



„A Boy named Fisk“ auf der Bühne



Brings auf der Bühne



„Buchsbäume und Strauchdiebe“ auf der Bühne



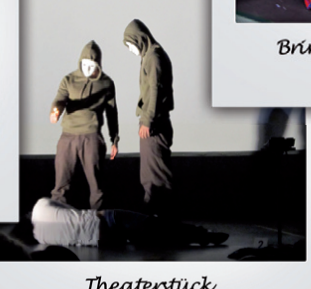
Theaterstück „Der Vorgang Oury Jalloh“



„A Boy named Fisk“ auf der Bühne



„A Boy named Fisk“ auf der Bühne



Theaterstück „Der Vorgang Oury Jalloh“



Brings auf der Bühne



„A Boy named Fisk“ auf der Bühne

„Rechtsextremismus beginnt nicht erst beim organisierten Neonazismus...“

Am 07. Mai 2011 veranstalteten die rechtspopulistischen Parteien Pro Köln und Pro NRW in Köln den sogenannten „Marsch für die Freiheit“, eine internationale Demonstration „gegen gutmenschliche Meinungsdictatur, die schleichende Islamisierung und Überfremdung Europas“. Ein Anlass, gegen den auch der AStA der Uni Köln so wie viele andere Gruppierungen mobilisierten. Der Diplompädagoge Hans-Peter Killguss, Leiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus Köln, klärt über Pro Köln, deren Motivation und Wirken sowie weitere rechte Gruppierungen auf.

Pro Köln ergatterte bei den Kommunalwahlen 2009 fünf Sitze im Kölner Stadtrat, also sogar einen Platz mehr als 2004. Wie kam es dazu?

Hans-Peter Killguss: Das war für alle, die in Köln gegen Rechts engagiert sind, wirklich eine große Enttäuschung. Nach dem Erfolg von 2004 fanden viele Aktionen und Aufklärungsveranstaltungen statt, in der Hoffnung, über den extrem rechten Charakter von Pro Köln aufzuklären. Die Steigerung des Ergebnisses zeigt meines Erachtens, dass viele Leute Pro Köln gewählt haben nicht trotz des Rassismus sondern gerade wegen des Rassismus. Die Gesamtstimmen für rechte Parteien haben sich allerdings in Köln nicht erhöht. Die Stimmen, die 2004 noch die Republikaner bekamen, gingen 2009 an Pro Köln.

Wer oder was ist Pro NRW bzw. Pro Köln? Was sind deren Motivation und Inhalte?

Pro Köln ist ein 1996 gegründetes rechtspopulistisches Projekt, das seit etwa 2000 in Köln aktiv ist. Dahinter steht eine Gruppierung, die sich bürgernah und vermeintlich demokratisch gibt, die jedoch im Kern rassistische Propaganda betreibt. Man will an Bürgerproteste, an Konflikte in einzelnen Stadtteilen anknüpfen und diese von rechts besetzen. Gelungen ist dies vor allem mit dem Konflikt um den Bau der Moschee in Ehrenfeld. Hier ist deutlich geworden, dass es in der „normalen“ Bevölkerung Ressentiments gegen Muslime und Migranten gibt, auf die die extreme Rechte aufbauen kann.

Da das Projekt Pro Köln relativ erfolgreich war, wurde dies in andere Städte exportiert. 2007 wurde schließlich die Partei Pro NRW als landesweite Vereinigung gegründet. Allerdings kommen die wesentlichen Akteure von Pro NRW aus der Domstadt.

Sie haben gesagt, dass sich Pro Köln selbst als eine demokratische Bürgerbewegung definiert. Agieren sie auch demokratisch?

Pro Köln betreibt bürgerschaftliches Engagement unter negativen Vorzeichen, sie sind auf der Stra-

ße präsent und fordern politische Partizipation ein. Allerdings bedeutet das allein noch lange nicht, dass es sich um eine demokratische Organisation handelt. Demokratie bedeutet, dass den hier lebenden Menschen die gleichen Rechte zugesprochen werden, was weder Pro Köln noch Pro NRW tun. Sie lassen Migrant*innen immer nur in einem schlechten Licht erscheinen und stellen ausgrenzende Forderungen, beispielsweise nach Begrenzung des Ausländeranteils in Schulen. Dadurch wird keine Partizipation von Menschen, egal welcher Herkunft, gewährleistet.

Gibt es bei Pro Köln und Pro NRW eine direkte Verbindung zur rechten Szene?

Die Verbindung zur rechten Szene findet auf zwei Ebenen statt. Zum einen die Herkunft der Protagonisten, die aus extrem rechten Parteien wie der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ oder den Republikanern kommen. Inzwischen sind im Landesvorstand von Pro NRW auch einige Leute mit einer NPD- bzw. DVU-Vergangenheit. Zum anderen macht sich diese Verbindung bemerkbar, wenn einzelne Leute aus dem nazistischen Milieu bei Pro NRW kandidieren.

Wieso kommt Pro Köln in Köln so gut an und die NPD beispielsweise nicht?

Zum einen haben wir es bei Pro Köln im Gegensatz zur Kölner NPD mit einer Gruppe zu tun, deren Protagonisten politisch-strategisch denken können und politische Erfahrung aufweisen. Pro Köln ist zudem aktiv und im Stadtbild präsent, während die NPD in Köln kaum sichtbar ist. Des Weiteren ist die NPD viel zu sehr mit dem Neonazismus behaftet. Pro Köln und Pro NRW hingegen distanzieren sich ausdrücklich von der Neonazi-Szene und geben sich nach außen weder als rechtsextrem, noch als rassistisch und definieren sich selbst als Rechtspopulisten. Dies bedeutet, dass sie sich als Teil des demokratischen Spektrums sehen. Damit inszenieren sie eine wählbare Alternative im Vergleich zu anderen rechten Parteien.

Obwohl das ja im Prinzip ziemlich durchschaubar ist...

Ja, allerdings haben wir es bei den Pro-Bewegungen nicht nur mit einem Wolf im Schafspelz zu tun. Es gibt qualitative Unterschiede innerhalb des rechten Spektrums: Den starr neonazistischen Flügel, wie beispielsweise die „Kameradschaft Köln“ oder die pseudo-demokratische Option, die eng mit dem nazistischen Milieu zusammenarbeitet, wie die NPD. Die NPD möchte das System überwinden und einen autoritären Staat mit einem wie auch immer gearteten „Nationalen Sozialismus“. Die Rechtspopulisten, die politisch gesehen einen Platz zwischen Konservatismus

und Rechtsextremismus beanspruchen, wollen nicht nur dem Schein nach, sondern tatsächlich auch inhaltlich etwas Anderes: Sie wollen bestehende System erhalten, sie würden aber letztlich mit ihrer Politik die Demokratie aushöhlen.

Was gibt es in NRW insgesamt für rechte Gruppierungen und wofür stehen sie?

Es gibt sehr viele verschiedenen Gruppierungen, wie zum Beispiel die Gruppe der Rechtspopulisten Pro NRW oder Die Freiheit. Zu den Vertretern der klassisch extrem rechten Parteien gehören die Republikaner, die NPD oder die DVU, die in NRW allerdings keine große Bedeutung haben. Zudem gibt es neonazistische Gruppierungen, wie die so genannten „Freien Kameradschaften“ oder die „Autonomen Nationalisten“, die in NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ stark sind. Also ein Spektrum der militanten Neonazis, die sich das Label „autonom“ geben, die sich in ihrem Style und ihrem Habitus an einzelnen Elementen der radikalen Linken bedienen, was aber keine inhaltliche Annäherung bedeutet. Darüber hinaus existieren die ganzen Gruppierungen, die man unter „Sonstige“ einordnen würde: Burschenschaften, der Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft wie die „grauen Wölfe“ und lokale Gruppierungen.

Was ist der Grund für das derzeit verstärkte öffentliche Auftreten der Neonazis in Köln?

Zum einen sind Axel Reitz und Paul Breuer, Köpfe der neonazistischen Szene in Köln, schon seit einiger Zeit aus dem Gefängnis entlassen worden. Damit wurde auch die „Kameradschaft Köln“, die derzeit unter dem Namen „Freies Netz Köln“ firmiert, wieder aktiver.

Zum anderen hängt das mit der Entwicklung regionaler Szenen, beispielsweise in Pulheim, Leverkusen und Wuppertal, zusammen. Die dortigen Szenen sind eng mit den Kölnern vernetzt und man bestärkt und unterstützt sich gegenseitig. In Leverkusen haben militante Neonazis bereits mehrmals den vermeintlichen politischen Gegner angegriffen und es steht zu befürchten, dass aus diesen Kreisen auch weiterhin Gewalt angewendet wird.

Wo ist die rechte Szene in NRW besonders stark? Gibt es in NRW verhältnismäßig viele oder wenige rechte Gewalttaten?

Bezogen auf den Rechtspopulismus ist eindeutig das Rheinland zu nennen, mit der Hochburg Köln und Umland. In bestimmten Vierteln in Aachen oder Dortmund ist die neonazistische Rechte wiederum sehr präsent. Man könnte aber auch andere Regionen nennen wie Ostwestfalen, Wuppertal oder Siegen. Überall in NRW gibt es solche



Orte. In absoluten Zahlen ist NRW, als Bundesland mit den meisten Einwohnern, weit vorne mit dabei. Wenn man das hochrechnet wird in NRW jeden zweiten Tag eine Gewalttat mit rechtem Hintergrund begangen. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl ist NRW nicht mehr an der Spitze. Ich finde es wichtig, beide Aspekte zu sehen um zu einer adäquaten Einschätzung zu kommen: Ich warne vor einem falschen Alarmismus. Es gibt in NRW nicht viele „No-Go Areas“, in die sich Migrant*innen, Linke, Schwule und Lesben etc. nicht wagen können. So viel Macht und Stärke darf man Neonazis nicht zusprechen. Allerdings darf das auch nicht verharmlost werden. Dringend notwendig wäre in NRW eine Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt.

Wie kann Engagement gegen rechts aussehen?

Rechtsextremismus beginnt nicht erst beim organisierten Neonazismus, sondern häufig bereits bei rassistischen Ressentiments in der Gesellschaft, über die rechtsaffine Jugendliche in ihrem Denken bestärkt werden. Jedes Argumentieren gegen Rassismus ist immer auch ein Beitrag gegen Rechtsextremismus.

NS-Dokumentationszentrum

Das NS-Dokumentationszentrum, 1988 von der Stadt Köln eingerichtet, entwickelte sich im Laufe der Zeit zur bundesweit größten lokalen Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus. Ausgangspunkt und Zentrum aller Aktivitäten ist der Ort selbst: das EL-DE-Haus, das von 1935 bis zum Kriegsende 1945 als Zentrale der Geheimen Staatspolizei diente. Das im Keller des Gebäudes eingerichtete Hausgefängnis ist erhalten geblieben und ist heute eine Gedenkstätte. Auf zwei Etagen wird in einer großen Dauerausstellung die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus präsentiert. Des weiteren ist das NS-Dok aber auch eine bedeutende Forschungseinrichtung und ein Lernort, an dem unterschiedliche didaktische Angebote gemacht werden.

Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

Die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum ist eine Einrichtung der Stadt Köln mit dem Ziel, das Bewusstsein für Menschenrechte, Demokratie, kulturelle Vielfalt und Gewaltfreiheit zu fördern sowie rechtsextremen Denk- und Handlungsmustern vorzubeugen und entgegenzutreten. Dazu werden praxisnah Unterrichtseinheiten, Workshops und Projekttag mit Jugendlichen durchgeführt sowie Fortbildungen und Vorträge für Multiplikator*innen angeboten.

Mit dem Projekt „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln“ werden Hilfesuchende vor Ort bei der Entwicklung von Gegenstrategien unterstützt.

www.nsdok.de/ibs

www.mbr-koeln.de

Des Weiteren ist es wichtig, gegen das „Markieren des Territoriums“ in Form von Aufklebern und Schmierereien vorzugehen. Zudem ist es sinnvoll, an Gegenaktivitäten gegen Rechts teilzunehmen. Das ist für mich nicht nur ein Ritual, sondern ein Zeichen gegen Rechts, das auch Andere ermuntert, sich zu engagieren.

Das Interview führten Johanna Glaser und Katja Bauch ✉ redaktion@asta.uni-koeln.de

DAS GESCHÄFT MIT DER ANGST

Rechtspopulismus, Muslimfeindlichkeit und die extreme Rechte in Europa

Tagung am 14.-15. Oktober 2011 in Köln

Mit ExpertInnen aus Deutschland, Italien, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz

Europaweit sind Rechtsaußenparteien auf dem Vormarsch. Besonders in Westeuropa kommt in diesen Kreisen ein kulturellreligiös verklausulierter Rassismus zum Vorschein: Mit Kampagnen gegen Moscheebauten, Minarette oder gegen das Kopftuch versuchen sie, Zustimmung zu gewinnen. Im Fokus der Agitation stehen dabei Muslime, die als Projektionsfolie für eine imaginierte Gefahr durch eine vermeintlich „fremde Kultur“ dienen: Zugewanderte = Islam = Gewalt = Bedrohung. Die Achse rechtspopulistisch aufgeladener Muslimfeindlichkeit reicht von traditionellen extremen Rechten bis weit hinein in die politische Mitte. Trotz der gemeinsamen Feindbilder stellt sich die Situation in den Ländern unterschiedlich dar:

Wo sind dabei die Grenzen zwischen sogenannten populistischen und extrem rechten Gruppierungen?

Wo liegen die Übergänge von Vorurteilen zu einem rassistischen Weltbild?

Vollzieht sich eine transnationale propagandistische Neuformierung von Rechtsaußen?

Welche Handlungsanforderungen lassen sich aus diesen Entwicklungen ableiten?

Was kann in Deutschland aus den Erfahrungen mit diesem Problem in anderen Ländern gelernt werden?

Diese Fragen werden nicht nur in Wissenschaft, Politik und Medien kontrovers diskutiert, sondern sind auch in der Praxis der Bildungs-, Antidiskriminierungs- und Sozialarbeit von großer Bedeutung. Auf der Tagung sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede rechtspopulistischer und rassistischer Formationen in Westeuropa analysiert werden. Insbesondere sollen dabei die muslimfeindliche Propaganda und ihre Möglichkeiten und Grenzen vor dem Hintergrund eines gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozesses Gegenstand der Diskussion sein. Nicht zuletzt sollen städtische und zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rassismus miteinander verglichen und Möglichkeiten gemeinsamer Handlungsstrategien diskutiert werden.

Veranstalter

Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf in Kooperation mit der Volkshochschule Köln

Veranstaltungsort

Forum Volkshochschule
im Rautenstrauch-Joest-Museum
Cäcilienstr. 29-33
50667 Köln

Kooperationspartner
Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung

Informationen unter
www.nsdok.de

AStA-FILM

Eintritt: 2 Euro
Erstsemester*innen FREI

„Kick off Kirkuk“

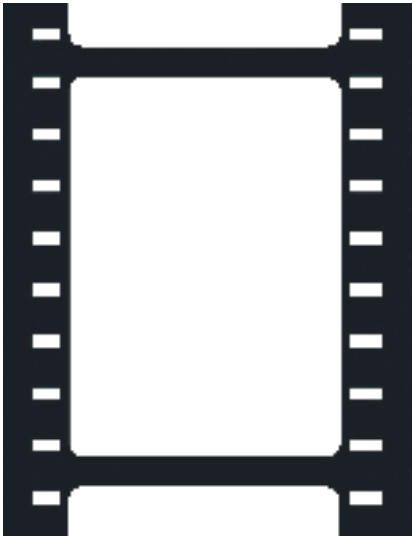
(Drama, Irak/Iran 2009, Original mit Untertiteln)

Kirkuk, die multiethnische Stadt im Norden Iraks, ist nach dem Sturz Saddam Husseins von gewalttätigen Konflikten zwischen rivalisierenden politischen Gruppierungen geprägt. Rund 300 Flüchtlingsfamilien haben dort in einem verlassenen Fußballstadion Zuflucht gefunden.

Unter Saddam Hussein mussten sie ihre Heimat verlassen. Nun, da sie zurückgekehrt sind, haben sie keine Häuser mehr.

Hier lebt Asu mit seiner Mutter und seinem jüngeren Bruder Diyar, der ein Bein durch eine Landmine verloren hat. Trotz der deprimierenden Umstände hat Asu seinen Lebensmut und Optimismus nicht verloren. So kämpft er für seinen Traum, ein Fußballspiel zwischen kurdischen und arabischen Kindern im Stadion zu organisieren. Die Bewohner des Stadions sollen sich auf diese Weise freundschaftlich näher kommen. Gleichzeitig erhofft er sich davon, seine heimliche Liebe Hilin zu beeindrucken, da er es nicht schafft, ihr seine Gefühle direkt zu gestehen.

Mit: Atug Asu, Hamed Diyar, Hamajaga Hilin, Anwar Sako
Regie: Shawkat Amin Korki

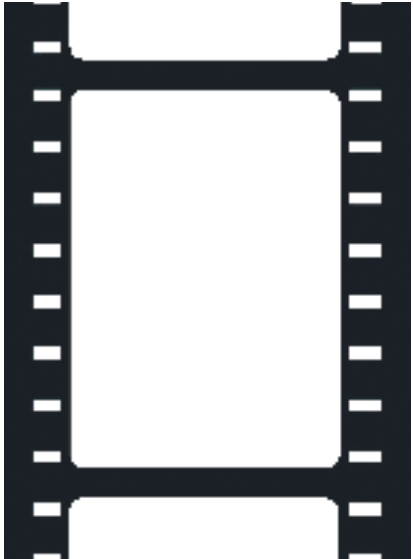


„Football under cover“

(Dokumentar-Film, BRD 2008)

Der Film zeigt wie zum ersten Mal in der Geschichte der Islamischen Republik Iran die iranische Frauennationalmannschaft im eigenen Land in einem Stadion vor Zuschauerinnen spielt: ein Freundschaftsspiel gegen eine Auswahl aus Berlin-Kreuzberg. Im ersten Teil des Films werden das Kreuzberger Fußball-Team BSV Al-Dersimspor und die iranische Frauennationalmannschaft getrennt voneinander vorgestellt, während der zweite Teil das Eintreffen der deutschen Mannschaft (die zum beträchtlichen Teil ebenfalls aus Migrant*innen besteht) im Iran und das Zusammentreffen beider Teams porträtiert.

„Gespür für Erzählrhythmus, Beobachtungsgabe und Neugier lassen etwa „Football Under Cover“ in jenem magischen Zusammenspiel aufgehen, in dem plötzlich alles stimmt. [...] Wenn der türkische Präsident der Kreuzberger Truppe draussen bleiben muss, obwohl er doch ein Muslim ist, und hinter dem Zaun einsam „Deutschland“ ruft beim ersten Tor seiner Spielerinnen,



dann hat dieser umwerfende Film längst seinen unumstößlichen Beitrag zur Völkerverständigung zwischen Kreuzberger Orient-Eck und postrevolutionärem Iran geleistet.“

– Neue Zürcher Zeitung

Mit: Niloofar Basir, Narmila Farthi, Sanna El agha, Paraskevi Boras, Marlene Assmann, Ayat Najafi, Hüseyin Karaduman
Regie: Ayat Najafi & David Assmann

Edelweißpiratenfestival



Edelweißpiratenfestival 17.07.11 im Friedenspark Köln

So. 14.30 Uhr Oberländer Wall / Tirsstraße Südstadt Live-Musik von Kent Koda Ballhaus HopStop Banda SakkoKolonía Lungs Querfällteín Hiss Kwaggawerk Eierplätzchenband Billy Rückwärts Los Matatigres Georg Zimmermann Steve Ouma Band Drago Riter Ensemble Wickidsz Schwarzmeerflotte Fasfowod Stringband Memoria Illoyal & Bass Deaph Singender Holunder Fleur Earth & Band Hello Piedpiper Gehörwätsche Muskat 120 ... Festival-Andacht (13 Uhr) Ausstellung Zeitzeugen-Café Schwerpunkt »Kein schöner Land ...« 16.07. Kompost Party & Lagerfeuer

Rahmenprogramm: 30.06. - 17.07. »» www.edelweisspiratenfestival.de

Veranstalter: LebensArt e.V. & Kooperationspartner des NS-Dokumentationszentrums »Hella e.V.« »Seppeltiere e.V.«

NSDOK KÖLN choices

17.07. 2011 ab 14.30 im Kölner Friedenspark

Endlich ist es soweit, das Musikprogramm unseres lebendigen Denkmals zu Ehren der »Antihitlerjugend« steht. Von Jahr zu Jahr bewerben sich mehr gute Bands, von welchen unser Bühnenhaupteinkomitee wieder eine wilde Mischung aus Klassikern und Newcomern ausgewählt hat: Engagiert im Wort (gern in Deutsch aber auch in Suaheli, Romanes, Englisch, Türkisch, Kölsch ...), weltoffen im Klang, unangepasst im besten Edelweißpiratenfestival-Sinne!

Im Mittelpunkt stehen natürlich unsere hoch geschätzten Zeitzeugen - Edelweißpiraten, freie Bündische, Sturmscharler etc. - von denen einige Ü-80er persönlich mitfeiern werden (u.a. im Zeitzeugen-Café), andere in Form der NS-Dok-Ausstellung sowie im Festivalbuch »Gefährliche Lieder« präsent sein werden.

Diese Festivalbands spielen am 17.07. ab 14.30 im Friedenspark:

Ballhaus / Querfällteín / Hiss / SakkoKolonía / Eierplätzchenband / Fasfowod Stringband / Drago Riter Ensemble / Kent Koda / Steve Ouma Band / Lungs / HopStop Banda / Los Matatigres / Kwaggawerk / Georg Zimmermann / Billy Rückwärts / Klaus der Geiger Family / Wickidsz / Fleur Earth & Band / Hello Piedpiper / Singender Holunder / Illoyal + Bass Deaph / Gehörwätsche / Muskat 120 / Schwarzmeerflotte / Memoria + Überraschungsgäste

Rahmenprogramm vom 30.06 - 17. 07. 2011

Das Spezial-Thema des Edelweißpiratenfestivals 2011 lautet »Kein schöner Land ...«. Es widmet sich den Tücken der deutschen Identität, die in der öffentlichen Diskussionen fast immer negativ definiert wird, z.B. im Sinne von »wer gehört nicht dazu ...?«. Dass »deutsch« zwar schön aber niemals eine Monokultur sein kann, besingen, erwandern und diskutieren wir im Rahmenprogramm auf vielfältige Weise.

Details unter:
www.edelweisspiratenfestival.de

Mittwoch 29. Juni 2011
19:30 Uhr // Hörsaal A1

Donnerstag 30. Juni 2011
19:30 Uhr // Hörsaal A1

Nachdruck

Impressum

Nachdruck - Kölner Studierendenzzeitung

Universitätsstr. 16, 50735 Köln
Telefon: 0221-2995
Telefax: 0221-3259
E-Mail: oeffref@asta.uni-koeln.de
www.asta.uni-koeln.de

Herausgeber: Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität zu Köln, vertreten durch den 1. Vorsitzenden Jonas Thiele (V.i.S.d.P.)

Redaktion: Katja Bauch, Lea Elsässer, Alexander Fritsch, Simon Hammann, Julius Jacoby, Fabian Kaske, Christian Rehfeldt

Layout: Alexander Fritsch

Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt/Main

Nachdruck wird mit Recycling-Papier hergestellt. Nachdruck unter creative commons (CC BY-NC-SA 3.0) erlaubt.

ASTA-VORSTAND
Sprechstunde
Montags und Donnerstags 10:00 - 12:00 Uhr
Finanzen: Montags 10:00 - 12:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 6254
E-Mail
vorstand@asta.uni-koeln.de

ÖFFENTLICHKEITSREFERAT /
REDAKTION NACHDRUCK
Sprechstunde
Donnerstags 14:00 - 15:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 2995
E-Mail
oeffref@asta.uni-koeln.de
redaktion@asta.uni-koeln.de

DGB Campus-Office
Dienstag: 10:00 - 12:00 Uhr
Donnerstag: 12:00 - 14:00 Uhr
E-Mail: counikoeln@dgb.de



Studierendenhaus

AStA-Laden
Montag bis Mittwoch, Freitag:
09:30 - 16:00 Uhr
Donnerstag: 09:30 - 13:00 Uhr

Studiengebührenberatung
Dienstag: 10:00 - 12:00 Uhr
Donnerstag: 12:00 - 14:00 Uhr

Härtefallausschuss (Semesterticket)
Montag, Dienstag und Donnerstag:
09:00 - 13:00 Uhr
Freitag: 09:00 - 12:00 Uhr

Uni-Mensa EG Nord

BAföG- und Sozialberatung
Montag: 09:00 - 15:00 Uhr
Dienstag: 08:00 - 12:00 Uhr
Mittwoch: 11:30 - 15:30 Uhr
Donnerstag: 09:45 - 15:45 Uhr
Freitag: 15 - 19:00 Uhr

Beratung für ausländische Studierende
Donnerstag: 18:00 - 21:00 Uhr
Freitag: 09:00 - 15 Uhr

Rechts- und Mietrechtsberatung
Dienstag: 09:00 - 12:00 Uhr und
14:00 - 17:00 Uhr
Termin durch Listeneintragung

ASTA SERVICE-POINT im Seminargebäude

(Außerhalb dieser Sprechzeiten telefonische Erreichbarkeit oder Zentrale 0221 - 470 2993)

POLITIKREFERAT
Sprechstunde
Dienstags 17:00 - 18:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 6212
E-Mail
bilpol@asta.uni-koeln.de

SOZIALREFERAT
Sprechstunde
Montags 14:00 - 16:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 6251
E-Mail
soziales@asta.uni-koeln.de

FACHSCHAFTSREFERAT
Sprechstunde
Dienstags 12:00 - 14:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 5863
E-Mail
fsr@asta.uni-koeln.de

ÖKOLOGIEREFERAT
Sprechstunde
Montags 10:00 - 12:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 5863
E-Mail
oekologie@asta.uni-koeln.de

REFERAT FÜR KRITISCHE WISSENSCHAFTEN UND ANTIDISKRIMINIERUNG
Sprechstunde
Mittwochs 10:00 - 12:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 2995
E-Mail
kriwi@asta.uni-koeln.de

UniMensa

SPEISEKARTE

für die Woche vom 27.06. – 01.07.2011

Preise: Studierende/Bedienstete/Gäste				Änderungen vorbehalten
* = ohne Schweinefleisch ** = fleischlos	EG Nord Preiswert und gerne gegessen	MG Nord Eintopf- und schmackhafte Tellergerichte	OG Süd/OG Nord Vegetaria und Pasta DE-ÖKO-013	EG Süd Abendangebot
Montag 27.06.	*Rinderhacksteak gratiniert mit Mozzarella auf Senfsauce 1,70 2,25 3,30 Der Klassiker Currywurst mit pikanter Sauce ² 1,35 1,90 3,00	*Ungarische Gulaschsuppe mit Rindfleisch Röggelchen, Dessert ¹ 1,65 2,70 3,80 *Hähnchenragout mit frischen Kräutern Reis, Salat, Dessert ¹ 2,25 3,25 4,35 Obstbuffet von Früchten der Saison	**Kartoffeltasche gefüllt mit Mozzarellaufüllung 1,35 1,90 3,00 Vegan: *Rote Bandnudeln ¹ mit knusprig gebratenen Zucchiniwürfeln 1,70 2,25 3,30 **Bunte Gnocchipfanne Roma gem.Blattsalat, Tagesdessert 3,10 3,95 5,20	Schweinerückensteak mit Schinken und Käse überbacken, ^{1,2,3} Kartoffelkroketten ¹ , Salat, Beerengrütze 2,25 3,25 4,35 **Gartengemüse im Blätterteigpastetchen Mailänder Risotto, Salat, Beerengrütze 2,20 3,20 4,30
Dienstag 28.06.	6 Stück Cevapcici an einem Gurkenquarkdipp 1,35 1,90 3,00 *Gebratene Poulardenbrust "Indonesia" im Chili – Sprossenragout ^{1,2} 1,70 2,25 3,30	*Feuriger Rindfleischsalat ^{2,3,9} Röstkartoffeln, Tagesdessert ¹ 1,90 2,95 4,05 Schweinerahmgeschnetzeltes mit Champignons ^{2,3} Butterspätzle, Salat, Tagesdessert ¹ 2,25 3,25 4,35 Obstbuffet von Früchten der Saison	**Berner Kartoffelrösti mit Lauch und Käse gratiniert 1,70 2,25 3,30 Vegan: **Fusilli mit Gemüsearrangement 1,70 2,25 3,30 **Blumenkohl- Broccoliauflauf mit Kartoffelscheiben Kräutersoße Blattsalat, Früchtemüsli 3,10 3,95 5,20	*Hähnchenschnitzel Cordon Bleu ² Sahnekartoffeln, ¹ Salat, Reis Trautmannsdorf ^{1,3} 2,25 3,25 4,35 **Bunte Nudel- Pfanne mit Gemüseallerlei und geriebenen Pecorino Salat, Reis Trautmannsdorf ^{1,3} 2,20 3,20 4,30
Mittwoch 29.06.	*Kleine gegrillte Geflügelshlegel in Pfefferrahmsoße 1,70 2,25 3,30 * MSC zertifiziertes Alaska- Seelachsfilet mit Zucchini und Paprika überbacken ¹ 1,90 2,45 3,50	Knusprige Rostbratwürstchen ² mit Zwiebelsoße ,Pommes-Frites ⁵ , Salat, Tagesdessert ¹ 1,90 2,95 4,05 *Gedämpfte Hähnchenbrust mit Avocado Chili –Dipp ² Kräuterreis, Eisbergsalat, Tagesdessert ¹ 2,25 3,25 4,35 + Obstbuffet von Früchten der Saison	Vegan: **Vegane Bratwurst mit Currysauc ^{1,3} 1,35 1,90 3,00 **Kartoffel-Paprikaauflauf Budapest ¹ 1,70 2,25 3,30 **Ricotta- Ravioli mit Kräutercreme Blattsalat, Obst der Saison 3,10 3,95 5,20	*Pannengyros von der Pute, Kräuterquark Pommes Frites ⁵ , Salat, Mandarinenpudding 2,25 3,25 4,35 **Kartoffelpuffer mit Ragout von Waldpilzen Salat, Mandarinenpudding 2,20 3,20 4,30
Donnerstag 30.06.	*Köfta (Rindfleischfrikadellen mit Käse gefüllt) Schaschliksoße ² 1,70 2,25 3,30 Schweineschnitzel auf Zwiebel- Champignonragout 1,70 2,25 3,30	Kartoffel- Lauch- Suppe mit Bockwürstchen Röggelchen, Dessert ¹ 1,65 2,70 3,80 Kartoffel- Lauch- Suppe mit Röggelchen 1,25 2,00 2,90 *Geschmorte Keule vom artgerecht gehaltenen Rind feine Böhnchen, Salzkartoffeln, Dessert ¹ 3,40 4,15 5,50 + Obstbuffet von Früchten der Saison	**Gemüsepuffer, Schnittlauchdipp 1,35 1,90 3,00 Vegan: **Rigatoni mit Tomaten-Spargelragout 1,70 2,25 3,30 **Hirtenpfanne mit Kartoffelnudeln, Peperoni u. Bohnen, Salat, Quark von Schattennorellen 3,10 3,95 5,20	*Rinderhacksteak mit Tomaten und Mozzarella überbacken Kartoffelplätzchen, Fingermöhren, Süßfrüchtecocktail 2,25 3,25 4,35 **Spinatlasagne Torino ¹ mit Kräutersoße Salat, Süßfrüchtecocktail ^{1,3} 2,20 3,20 4,30
Freitag 01.07.	*Schollenfilet in Backteig gebraten mit Zitronenecke 1,90 2,45 3,50 Geschmorte Hähnchenkeule in Rotweinsauce 1,70 2,25 3,30	**Milchreis mit Schattennorellen Rosinenweckchen 1,25 2,00 2,90 Hausgemachter Hackbraten auf Rahmsoße Kohlrabi mit Kräutern, Herzoginkartoffeln, Dessert ¹ 2,25 3,25 4,35 + Obstbuffet von Früchten der Saison	**Veget. Frühlingsrolle, Orangen- Pfeffersoße 1,35 1,90 3,00 Vegan: **Spaghetti mit Soja- Bolognese ¹ 1,70 2,25 3,30	*Gebratenes Seelachsfilet, Limonensoße Salzkartoffeln, Salat, Dessert ¹ 2,25 3,25 4,35 **Gemüsepaella mit Chili- Maissoße ² gem. Salat, und Tagesdessert ¹ 2,20 3,20 4,30

* = ohne Schweinefleisch
** = vegetarisch
Kennzeichnungspflichtige Zusatzstoffe: 1 mit Farbstoff, 2 mit Konservierungsstoffen, 3 mit Antioxidationsmitteln, 4 mit Geschmacksverstärker, 5 geschwefelt, 6 geschwärzt, 7 gewachst, 8 mit Phosphat, 9 mit Süßstoff, 10 enthält eine Phenylalaninquelle



Mensa Robert-Koch-Straße

SPEISEKARTE

27.06. – 01.07.2011



Preise: Studierende / Bedienstete / Gäste

Änderungen vorbehalten

	Essen II	Essen III	Essen IV	Vegetaria **
Montag 27.06.	*Pichelsteiner Gemüseeintopf mit Geflügelfleisch, Brötchen und Dessert ¹ 1,65 € / 2,70 € / 3,80 €	*Rindfleisch „Asiatisch“ ² mit gebratenen Nudeln, Salat und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	Schweineschnitzel “Cordon Bleu” mit Bratensoße, Kroketten ¹ , Kaisergemüse und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	Vegan: **Spaghetti mit Sojabolognese ¹ , Salat und Dessert 2,20 € / 3,20 € / 4,30 €
Dienstag 28.06.	*2 Fischfrikadellen mit Zitronenecke und Kartoffel-Gurkensalat ⁹ , Dessert ¹ 1,65 € / 2,70 € / 3,80 €	Champignon-Rahmschnitzel ^{2,3} mit Butterspätzle, Salat und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	*Lammgeschnetzeltes „Hirten Art“ mit Djuvecreis, Salat und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	**Karottenröstling mit pikantem Quark ^{1,2} , Schwenkkartoffeln, Salat und Dessert ¹ 2,20 € / 3,20 € / 4,30 €
Mittwoch 29.06.	Feuertopf mit geräucherter Mettwurst, ^{1,2} Brötchen und Dessert ¹ 1,65 € / 2,70 € / 3,80 €	Schaschlikspieß mit Pommes frites ⁵ , Salat und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	*Geschnetzelte Putenbrust „Züricher Art“ ^{2,3} mit Buttererbsen, Röstinchen und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	Vegan: **Kartoffel-Bärlauchgratin mit Salat und Dessert 2,20 € / 3,20 € / 4,30 €
Donnerstag 30.06.	1 Paar Wiener Würstchen mit buntem Kartoffelsalat ⁹ und Dessert ¹ 1,65 € / 2,70 € / 3,80 €	*Ravioli a la Bolognese (Rind) mit geriebenem Parmesan, Salat und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	Schweinenackensteak mit Kräuterbutter und Dipp, Gebackenen Kartoffeln, Bauernsalat, Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	**Nudelauflauf mit Hirtenkäse und Gemüse, Salat und Dessert ¹ 2,20 € / 3,20 € / 4,30 €
Freitag 01.07.	**Kaiserschmarrn mit Vanillesauce und Pflaumenkompott 1,65 € / 2,70 € / 3,80 €	Currywurst ² mit Pommes frites ⁵ , Salat und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	*Lachsfilet mit Sauce Bernaise ¹ , Blattspinat, Schwenkkartoffeln und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	**Gnocchi auf Ratatouillegemüse mit Salat und Dessert ¹ 2,20 € / 3,20 € / 4,30 €

* = ohne Schweinefleisch

** = vegetarisch

Kennzeichnungspflichtige Zusatzstoffe: 1 mit Farbstoff, 2 mit Konservierungsstoffen, 3 mit Antioxidationsmitteln, 4 mit Geschmacksverstärker, 5 geschwefelt, 6 geschwärzt, 7 gewachst, 8 mit Phosphat, 9 mit Süßstoff, 10 enthält eine Phenylalaninquelle

Service rund ums Studium | www.kstw.de

UniMensa

SPEISEKARTE

für die Woche vom Woche 4.07-9.07.2011



Preise: Studierende/Bedienstete/Gäste

Änderungen vorbehalten

* = ohne Schweinefleisch ** = fleischlos	EG Nord Preiswert und gerne gegessen	MG Nord Eintopf- und schmackhafte Tellergerichte	OG Süd/OG Nord Vegetaria und Pasta DE-ÖKO013	EG Süd Abendangebot
Montag 4.07	Paniertes Schweineschnitzel auf Pfefferrahmsauce 1,70 2,25 3,30 *Putensteak in der Kräuter- Senf- Kruste gebacken 1,70 2,25 3,30	**Pichelsteiner Gemüseeintopf mit Geflügelfleisch Tafelbrötchen, Dessert 1,25 2,00 2,90 * Pikante Lammfrikadelle an Rosmarinsoße Zucchini- Tomatengemüse, Pommes Wedges, Dessert 2,25 3,25 4,35 + Obstbuffet von Früchten der Saison	** Karottenröstling mit pikantem Quark 1,35 1,90 3,00 Vegan: **Chili con Tofu ² mit Fladenbrot 1,70 2,25 3,30 Pasta: ** Dalmatiner Rigatonipfanne mit Schafskäse Gemüse, Salat, Dessert 3,10 3,95 5,20	*Rinderschmorbraten „Esterhazy“ Salzkartoffeln, feine Böhnchen, Tagesdessert ¹ 2,25 3,25 4,35 **Berner Kartoffelrösti mit Quarkdipp, Salat, und Tagesdessert 2,20 3,20 4,30
Dienstag 5.07	Mariniertes Schweinenackengrillsteak mit Zwiebeln - Champignonragout 1,70 2,25 3,30 *Hähnchenuggets an Oliven- Pepparoni- Dipp ³ 1,70 2,25 3,30	*Chili con Carne ² vom Rindfleisch Zwiebelbrötchen, Dessert 1,65 2,70 3,80 *Geflügelbratwurst in Red –Thai Currysauc Pommes Cubes, Salat, Dessert 2,25 3,25 4,35 + Obstbuffet von Früchten der Saison	Vegan: **Kartoffel- Quark- Ecken, Kräuterdipp 1,35 1,90 3,00 **Gabelspaghetti Boscaiola mit Champignons und Frühlingslauch 1,70 2,25 3,30 **Gnocchi mit Gemüse und Kräutern Salat, Himbeerjoghurt 3,10 3,95 5,20	*Poulardensteak „Florida“ mit Orangenhollandaise ^{1,4} Gratinkartoffeln ¹ mit saurer Sahne, Salat, Schokoladenpudding 2,25 3,25 4,35 **Tofu- Gyros, Tzatziki Pommes Frites ⁵ , Salat, Schokoladenpudding 2,20 3,20 4,30
Mittwoch 6.07	*MSC zertifiziertes Seelachs- Filet in Ingweröl gebraten auf Wermutsoße 1,90 2,45 3,50 *Gebackenes Poulardenschnitzel Cafe de Paris Sauce ⁴ 1,70 2,25 3,30	1 Paar Wiener Würstchen mit pikantem Kartoffelsalat ² Tagesdessert 1,65 2,70 3,80 *Gekochter Tafelspitz in Meerrettichsoße ^{3, 5} junger Wirsing, Salzkartoffeln, Tagesdessert 2,25 3,25 4,35 + Obstbuffet von Früchten der Saison	Vegan: Kartoffel -Bärlauchgratin 1,35 1,90 3,00 Pasta: **Nudelauflauf mit Hirtenkäse und Gemüse 1,70 2,25 3,30 **Pilzragout auf Fettucine Chinakohlsalat, Müslijoghurt 3,10 3,95 5,20	Zigeunersteak vom Schweinerücken ² Pommes Frites ⁵ , Salat, Obst der Saison 2,25 3,25 4,35 **Ravioli vegetarisch gefüllt in Salbei - Ricottasauce Salat, Frischobst 2,20 3,20 4,30
Donnerstag 7.07	*Eingelegter Geflügelspiess mit feuriger Piri Piri –Soße ² 1,70 2,25 3,30 Hackfleischrolle ² mit einer Schafskäsefüllung dazu Frühlingsquark ¹ 1,70 2,25 3,30	Erbsensuppe, Bockwurst, Brötchen, Dessert 1,65 2,70 3,80 Erbsensuppe mit Brötchen 1,25 2,00 2,90 *Rheinischer Sauerbraten vom artgerecht gehaltenen Rind ⁵ Apfelrotkohl ,Kartoffelkösse ^{1,3} und Dessert ¹ 3,60 4,35 5,70 + Obstbuffet von Früchten der Saison	**Frankfurter grüne Soße mit Risoleekartoffeln 1,35 1,90 3,00 Vegan: **Tortellini Tricolore in Kräutersauce 1,70 2,25 3,30 **Kartoffel- Lauch- Gratin mit Schnittlauchsauce Salat, Kirsquark 3,10 3,95 5,20	*Hähnchenbrustschnitzel auf Rahmsauce Kaisergemüse, Pommes Wedges, Süßfrüchtecocktail 2,25 3,25 4,35 **Spinatomelette ⁵ mit Salzkartoffeln Blattsalat und Süßfrüchtecocktail ^{1,3} 2,20 3,20 4,30
Freitag 8.07	*Geflügelfrikadellen in Bananen –Ingwer –Senfsoße 1,35 1,90 3,00 Schweineschnitzel Cordon –bleu in Berner Soße 1,70 2,25 3,30	Broccoli-Kartoffel-Gratin mit Poulardenbruststreifen dazu Kräuterquark ,bunter Blattsalat und Tagesdessert ¹ 2,25 3,25 4,35 *Regenbogenforelle Müllerin Blattsalat, Salzkartoffeln, Dessert ¹ 2,25 3,25 4,35 + Obstbuffet von Früchten der Saison	Vegan: Cous –Cous –Pflanne mit italienischem Gemüse 1,35 1,90 3,00 Pasta: **Gemüseaultaschen mit Zwiebelschmelze 1,70 2,25 3,30	*Gebratenes Rotbarschfilet mit Senfsosse Salzkartoffeln, Salat, Dessert 2,25 3,25 4,35 **Gemüseuggets ^{1, 2} , Quarkdipp, Pommes Cubes Salat, Dessert 2,20 3,20 4,30

* = ohne Schweinefleisch

** = vegetarisch

Kennzeichnungspflichtige Zusatzstoffe: 1 mit Farbstoff, 2 mit Konservierungsstoffen, 3 mit Antioxidationsmitteln, 4 mit Geschmacksverstärker, 5 geschwefelt, 6 geschwärzt, 7 gewachst, 8 mit Phosphat, 9 mit Süßstoff, 10 enthält eine Phenylalaninquelle

Service rund ums Studium | www.kstw.de



Mensa Robert-Koch-Straße

SPEISEKARTE

04.07. – 08.07.2011



Preise: Studierende / Bedienstete / Gäste

Änderungen vorbehalten

	Essen II	Essen III	Essen IV	Vegetaria **
Montag 04.07.	Weiß e Bohnensuppe mit geräucherter Mettwurst ^{1,2} , R öggelchen und Dessert ¹ 1,65 € / 2,70 € / 3,80 €	*Caribisches Curryhuhn ^{1,2,3} mit Rosinenreis ^{1,3} , Salat und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	Cevapcici (Rind) mit Tzatziki, Pommes frites ⁵ , Salat und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	Vegan: **Cous-Cous-Pfanne mit mediterranem Gemüse, Salat und Dessert 2,20 € / 3,20 € / 4,30 €
Dienstag 05.07.	Rheinischer Heringshappen Hausfrauenart ^{5,9} mit Schwenkkartoffeln, Speck und Dessert ¹ 1,90 € / 2,95 € / 4,05 €	*Spaghetti Diavolo mit Thunfisch ² , Paprika, Oliven ⁶ , Chilli, Salat und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	Schweinerückensteak mit Champignons a la creme, Kartoffelbällchen, Salat und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	**Gemüse-Bratling „Asiatisch“ mit China-Gemüsesoße ^{1,2} , Salat und Dessert ¹ 2,20 € / 3,20 € / 4,30 €
Mittwoch 06.07.	Linsensuppe mit Bockwurst, Brötchen und Dessert ¹ 1,65 € / 2,70 € / 3,80 €	Paprikagulasch vom Schwein mit Butterspätzle Apfel-Preiselbeermus und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	*Marinierte Hähnchenbrust mit Chilli-Honigsoße ² , Pommes Wedges, Salat und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	**Vegetarische Moussaka ³ mit Tomaten-Olivensoße ³ , Salat und Dessert ¹ 2,20 € / 3,20 € / 4,30 €
Donnerstag 07.07.	**Gefüllter Germknödel mit Vanillesoße 1,65 € / 2,70 € / 3,80 €	Hausgemachte Frikadelle mit Zwiebelsoße, frischem Spitzkohl, Petersilienkartoffeln und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	*Pfeffersteak vom Rind mit Kroketten ¹ , Salat und Dessert ¹ 3,10 € / 3,95 € / 5,20 €	Vegan: **Sojaspieß mit Tomatensoße, Kartoffeln, Salat und Dessert 2,20 € / 3,20 € / 4,30 €
Freitag 08.07.	Hausgemachter Wurst-Käsesalat ^{1,2,3,9} mit Bratkartoffeln und Dessert ¹ 1,65 € / 2,70 € / 3,80 €	Wirsingemüse „Bürgerlich“ mit Kasseler und Dessert ¹ 1,90 € / 2,95 € / 4,05 €	*Seelachsfilet im Backteig mit Remouladensoße ⁹ , Pommes frites ⁵ , Salat und Dessert ¹ 2,25 € / 3,25 € / 4,35 €	**Bunte Schupfnudelpfanne ³ „Provincial“ mit Salat und Dessert ¹ 2,20 € / 3,20 € / 4,30 €

J
U
N
I
J
U
L
I

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
27	28	29	30	01	02	03
		AStA-Film „Kick off Kirkuk“ 19:30 Uhr, Hörsaal A1 9. ord. Sitzung des Studierenden-parlaments, 20 Uhr, Hörsaal XVIII, Hauptgebäude	Podiumsdiskussion: Konsequenzen aus der Krise – Wie sollten wir in Zukunft wirtschaften? (RV Alternativen Denken) AStA-Film „Football under cover“ 19:30 Uhr, Hörsaal A1	Kein Mensch ist illegal Film und Diskussion, 19 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3	Uni-Info-Tag Möglichkeiten der Studienfinanzierung (Sozialreferat), 14 - 16 Uhr, Hörsaal A2 29. Rheinkultur-Festival, ab 12 Uhr, Rheinaue Bonn	Kölner CSD-Parade ab 12 Uhr, Innenstadt

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
04	05	06	07	08	09	10
10. ord. Sitzung des Studierenden-parlaments, 20 Uhr, Hörsaal II, Hauptgebäude Klima-Reihe: Cultural Legitimacy of Climate Change Action 17.45, A2, Hörsaalgebäude	11. ord. Sitzung des Studierenden-parlaments, 20 Uhr, Hörsaal XVIII, Hauptgebäude Ausbau Godorfer Hafen Infoveranstaltung 17:45 Uhr, A2, Hörsaalgebäude		Uni-Sommerfest, 17:00 Uhr, Albertus-Magnus-Platz	Nachhaltige Abschlussarbeiten verfassen – oikos Thesis Workshop, 11 Uhr, Raum wird bekannt gegeben		Bürgerbefragung Godorfer Hafen

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
11	12	13	14	15	16	17
Klima-Reihe: Einfluss des Klimawandels auf das Malariarisiko im tropischen Afrika, 17.45, A2, Hörsaalgebäude Bologna-Statuskonferenz des NRW-Innovationsministeriums, Akademie der Künste, Düsseldorf				Ende der Vorlesungen 15.07.2011 Rückmeldung / Fortsetzung des Studiums durch Zahlung des Semesterbetrages		7. Edelweiß-piraten-festival, 14.30, Kölner Friedenspark (U Ubierring)